Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote" erscheint (durch Abends außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 34. Donnerstag, den 9. Februar 1899. 6. Jahrgang.

An die Arbeiter Deutschlands!

Arbeiter Deutschlands! Ein Unerhörtes ist geschehen. Wie Euch bekannt geworden sein wird, hat Freitag, den 3. Februar, der Dresdener Schwurgerichtshof neun Arbeiter zu insgesammt

dreiundfünfzig Jahren Zuchthaus, acht Jahren Gefängniß und siebenzig Jahren Ehrverlust

verurtheilt.

Dieses furchtbar harte Urtheil wurde damit begründet, daß drei der Verurtheilten sich angeblich des versuchten Todtschlags schuldig gemacht, sämmtliche Verurtheilte an schwerem Landfriedensbruch sich betheiligt hätten.

Bürgerliche Geschworene sprachen dieses Urtheil über Angehörige der Arbeiterklasse unter Verweigerung mildernder Umstände, und bürgerliche Richter gewannen es über sich, die schuldig Gesprochenen theilweise mit den schwersten Strafen zu belegen, die das Gesetz kennt.

Aber damit nicht genug. Der Gerichtshof hat auch, nach unserer Meinung unter falscher und unzulässiger Anwendung der bezüglichen Bestimmungen der Strafprozeßordnung über den Ausschluß der Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen, die Verhandlung hinter verschlossenen Thüren geführt und damit der Oeffentlichkeit die Möglichkeit entzogen, den Gang der Verhandlungen zu verfolgen.

Arbeiter Deuschlands! Was haben die Verurtheilten gethan, daß ein solch' entsetzliches Urtheil rechtfertigen könnte? Hört und urtheilt selbst!

Die Verurtheilten feierten am 6. Juli vorigen Jahres auf einem Neubau der Unternehmer Hampel und Grahl in Löbtau das Richtfest. Die Unternehmer waren mit einer Bierspende freigebig gewesen, und die Folge war, daß die betheiligten Arbeiter in eine sehr angeregte Stimmung geriethen. Gegen 8 Uhr Abends hörte der Rest der auf dem Bau noch anwesenden Arbeiter, daß auf dem nahe gelegenen Bau des Unternehmers Klemm noch gearbeitet werde, obgleich gemäß der erst nach schweren Kämpfen errungenen zehnstündigen Arbeitszeit der Dresdener Bauarbeiter, bereits um sechs Uhr hätte Feierabend eintreten müssen.

Das war die Veranlassung, daß die Verurtheilten sich nach dem Klemm'schen Bau begaben und die dort arbeitenden Kollegen aufforderten, mit der Arbeit aufzuhören. Es kam darüber zwischen den beiden Parteien zu einem lebhaften Wortwechsel, der dadurch verschärft wurde, daß der hinzugekommene Bauunternehmer Klemm die fremden Arbeiter mit Schimpfworten wie „Spitzbuben" und „Einbrecher" belegte, und daß, als hierauf die Erbitterung der so Behandelten sich ebenfalls in heftigen Worten Luft machte Klemm nach der Baubude lief, einen Revolver holte und mit ihm zwei Schüsse abgab. Obgleich diese Schüsse blind waren, glaubten bei dem herrschenden Lärm, der durch viele Neugierige verstärkt wurde, die Verurtheilten, daß scharf geschossen und einer ihrer Kameraden, der am Halse blutete, durch einen Schuß verwundet worden sei. Sie fielen darauf über den Bauunternehmer Klemm her, den sie mit Holzstücken und einer Flasche niederschlugen und mit Füßen traten, wobei die Worte fielen: „schlagt den Hund todt." Durch zwei Poliere wurde Klemm diesen Mißhandlungen entrissen und vom Platze geführt. Nach einigen Wochen ärztlicher Behandlung war derselbe wieder hergestellt.

Arbeiter Deutschlands! Dies ist in aller Kürze wahrheitsgemäß der Vorgang, den wir nicht rechtfertigen wollen, sondern entschieden verurtheilen. Es war unter den gegebenen Verhältnissen selbstverständlich, daß die Arbeiter für ihre Ausschreitungen bestraft werden mußten. Aber wir richten nicht nur an Euch, sondern an Alle, die noch einen Funken objektiver Urtheilsfähigkeit besitzen, die Frage: ob die furchtbar harten Strafen, die der Dresdener Schwurgerichtshof über die Schuldigen verhängte, im Verhältniß stehen zu den verübten Gewaltthätigkeiten!

Vergebens wird man in modernen Zeiten die Annalen deutscher Rechtsprechung durchblättern, um ein ähnliches Urtheil ausfindig zu machen.

Das Blut erstarrt, liest man dieses Urtheil, das für einen Theil der Verurtheilten **ein Todesurtheil** bedeutet und geeignet ist, zu einer Drachensaat des Hasses in Millionen Herzen zu werden.

Arbeiter Deutschlands! Das Urtheil des Dresdener Schwurgerichtshofes durch Einlegung der Revision zur Aufhebung zu bringen, dürfte kaum gelingen. Die Verurtheilten werden in Kürze hinter den Zuchthaus- und Gefängnißmauern verschwinden und auf lange, vielleicht einige von ihnen auf immer, für die Welt verloren sein. Ihr Loos zu erleichtern, steht nicht in unserer Macht. Aber sieben der Verurtheilten sind Familienväter, und dafür zu sorgen, daß nicht auch ihre Familien, die schon so entsetzlich schwer durch die Verurtheilung des Gatten und Vaters getroffen wurden, noch materiell leiden, das ist unsere Aufgabe, unsere Menschenpflicht.

Möge die deutsche Arbeiterklasse diesen Aermsten die Ernährer ersetzen! Legen wir Alle unser Scherflein zusammen, damit, während die unglücklich Verurtheilten in den Zuchthäusern und Gefängnissen des Klassenstaates schmachten, deren Angehörigen materielle Noth und Sorge fern bleibt. Zeigen wir, daß die Männer, die von blinder Leidenschaft zu Gewaltthätigkeiten sich hinreißen ließen, und dafür neben den härtesten Strafen, die man ihnen zuerkannte, auch für ehrlos erklärt wurden, unser Mitgefühl nicht verloren haben, — daß wir menschlich über Menschliches denken.

Arbeiter Deutschlands! Die Unterzeichneten fordern Euch auf, Eure Beiträge für die Familien der Opfer des Dresdener Schwurgerichtshofes an den Kassirer der sozialdemokratischen Partei: Albin Gerisch, Berlin SW., Katzbachstraße 9, oder an die Expeditionen der Zeitungen zu senden, die diesem Aufruf ihre Spalten öffnen und sich zur Entgegennahme von Beiträgen bereit erklären.

Arbeiter, zeigt durch Euer Handeln, wie Ihr über das Dresdener Urtheil denkt!

Berlin, den 6. Februar 1899.

Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags.

In deren Auftrag: **Auer. Bebel. Liebknecht. Meister. Pfannkuch. Singer.**

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.")

Berlin, den 7. Februar 1899.

Aus dem Reichstage. Im Reichstage widmete heute der Präsident dem verstorbenen Grafen Caprivi sympathische Worte der Anerkennung. Unsere Genossen blieben bei dem Nachruf im Saale. Caprivi war ein verständiger Gegner. — Die Novelle zum Bankgesetz füllte heute, nachdem der Rest des Postetats rasch erledigt war, die Sitzung aus. Es handelt sich bei dem Entwurf um Dinge, die dem nicht kapitalkräftigen Menschen fernzuliegen pflegen. Trotzdem ist der Gegenstand auch für das Proletariat von großer Wichtigkeit. Prinzipiell sind wir selbstverständlich für die Verstaatlichung der Reichsbank, die gegenwärtig ein eigenthümliches Mischgebilde darstellt und halb Staatsinstitut, halb Privatunternehmen ist. Mit uns aber wird die Verstaatlichung der Reichsbank von den Agrariern verlangt, und gerade dieser Umstand verändert in der Praxis unsere Stellungnahme. Würde die Reichsbank jetzt verstaatlicht werden, so liegt die Gefahr vor, daß bei dem Ueberwiegen der agrarischen Interessen dieses dem allgemeinen Verkehr dienende Institut eine agrarische Färbung annimmt. Wir wissen, wie die Agrarier über das Pumpen denken und es stünde zu befürchten, daß diese agrarischen Grundsätze in die solide Geschäftsgebahrung des gegenwärtigen Bankunternehmens störend eingreifen könnten. Dann aber würde die Verstaatlichung der Reichsbank im gegenwärtigen Augenblick von den Agrariern als Sieg des bimetallistischen Gedankens gefeiert werden. Die Arbeiter aber haben alles Interesse daran, sich mit Händen und Füßen gegen eine Verschlechterung unseres Geldsystems zu wehren. Die Manchesterleute wollen im Gegensatz zu uns und den Agrariern, den Einfluß des Staates auf die Reichsbank möglichst beschneiden. Vor allen Dingen liegt ihnen daran, daß die Kündigungsfrist für das Privilegium, das der Staat dieser Bank einräumt, statt auf 10 auf 20 Jahre bemessen wird. Darauf werden wir selbstverständlich nicht eingehen. Heute kamen außer dem Grafen Posadowsky, der die Begründung der Vorlage lieferte, und dem Reichsbankpräsidenten Koch, der seine Verwaltung vertheidigte, nur der freiconservative Herr Gamp, der konservative Graf Kanitz und der nationalliberale Bankdirektor Büsing zum Wort. Morgen, wo die Debatte fortgesetzt wird, wird an erster Stelle Schönlank reden.

---

27. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: von Podbielski, von Posadowsky.

Präsident Graf Ballestrem: Meine Herren! Ich habe Ihnen vor Eintritt in die Tagesordnung eine Trauerbotschaft mitzutheilen. Gestern in den Abendstunden ging mir telegraphisch die Nachricht zu, daß Graf v. Caprivi Montag früh 10 Uhr sanft entschlafen sei. (Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen.) Meine Herren! Der Reichskanzler Graf v. Caprivi hat gewiß als Staatsmann nicht an die Größe seines berühmten Vorgängers heraugereicht, aber auch er war ein Mann, der Deutschlands Wohl gefördert hat und dem es auch nicht an Größe gebrach. Er war groß in seiner unwandelbaren Pflichttreue, in seiner unbedingten Hingabe zu seinem kaiserlichen Herrn und zum deutschen Vaterlande, er war groß endlich in ehrenhafter und wahrhaft ritterlicher Gesinnung. (Bravo!) Und so wird das Bild des zweiten Kanzlers in Zukunft vor dem deutschen Volke stehen als das Bild eines

Ritters ohne Furcht und Tadel. (Bravo!) Die Mitglieder des Reichstages haben sich erhoben, um das Andenken des Grafen von Caprivi zu ehren; ich stelle das fest. Ich habe das Telegramm im Namen des Reichstages beantwortet und verfügt, daß ein Kranz im Namen des Reichstages am Grabe niedergelegt werde. (Bravo!) Ferner werde ich mich am Donnerstag nach Skyren begeben, um im Namen des Reichstages dem verstorbenen Kanzler die letzte Ehre zu erweisen. (Bravo!)

Der Rest des Etats der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung, sowie der Reichsdruckerei wird debattelos genehmigt.

Es folgt die erste Berathung der Novelle zum Bankgesetz.

Staatssekretär Graf von Posadowsky: Die Grundlagen des jetzt bestehenden Reichsbankgesetzes sind unverändert gelassen. Insbesondere ist man nicht dazu übergegangen, die Reichsbank zu einem reinen Staatsinstitut zu machen. Eine Staatsbank kann sich gewissen politischen Einflüssen nicht entziehen, während sie doch nur dafür sorgen soll, die Bedürfnisse von Handel und Verkehr zu befriedigen. Man hat für eine fortschreitende Verstaatlichung das Moment angeführt, daß das Reich einen erheblich größeren Gewinn daraus ziehen könnte. Der Mehrertrag würde aber nur 3 Millionen betragen. Der zweite wichtige Punkt ist die Erhöhung des Grundkapitals. Diese soll eine dauernde Ermäßigung des Diskonts im Interesse des Erwerblebens bewirken. Ferner ist den Privatnotenbanken die Verpflichtung auferlegt, nicht unter dem Diskontosatz der Reichsbank zu diskontiren, und eine engere Grenze für die Dividenden der Antheilscheinbesitzer gezogen worden. Ich glaube also bewiesen zu haben, daß wir weder dem Partikularismus noch dem Kapitalismus gedient haben. (Bravo!)

Gamp (Rp): Die Erhöhung des Bankkapitals um dreißig Millionen halten wir nicht für genügend. Die Reichsbank hat die Aufgabe, für Handel und Verkehr die nöthigen Mittel zur Verfügung zu stellen und einer übermäßigen Steigerung des Diskonts vorzubeugen. Bisher hat sie das aber nicht vermocht. Die Diskontosätze sind im Gegentheil immer mehr gestiegen. Zur Begründung des hohen Diskontosatzes ist in der Vorlage das Verbot des Terminhandels angeführt. Derselbe ist aber nur in Getreide verboten und wir wissen ja, wie man es verstanden hat, dieses Gebot zu umgehen. Die Zulassung ausländischer Werthpapiere an der Berliner Börse müßte in solch kritischen Zeiten verboten werden. Die falsche Diskontopolitik der Reichsbank hat schädigend zurückgewirkt auf die Reichsanleihen und alle Anleihen der Einzelstaaten. Um diese schädlichen Folgen auszugleichen müßte das Betriebskapital um mindestens 60, am liebsten 80 Millionen erhöht werden. Die Hauptsache ist, daß wir ein Reichsinstitut bekommen, das den Bedürfnissen von Handel und Industrie und besonders der Landwirthschaft gerecht wird. (Beifall rechts.)

Büsing (NL.): Ich will an der gegenwärtigen Organisation der Reichsbank nicht rütteln. — Der hohe Diskont ist ja zu beklagen, aber eine Folge des erfreulichen wirthschaftlichen Aufschwunges. Die niedrigen Diskontosätze Englands und Frankreichs erklären sich dadurch, daß dort jetzt ein gewisser Ruhepunkt in der industriellen Entwickelung eingetreten ist. Unsere Reichsbank hat zwei Aufgaben, den Geldumsatz zu regeln und den Zahlungsausgleich zu besorgen. Sie muß in jedem Augenblicke alle Verpflichtungen in baar einlösen können. Ein Vorwurf wegen der Geschäftsführung kann gegen die Reichsbank nicht erhoben werden. Das Kreditbedürfniß ist gar nicht auf sie ausschließlich angewiesen, es giebt ja so viele andere Banken, z. B. die Vorschußbanken. — Mit dem Herrn Staatssekretär bin ich im Allgemeinen einverstanden. Es ist sehr zweifelhaft, ob eine verstaatlichte Reichsbank so viel Erträgnisse abwerfen würde, wie die jetzige Reichsbank. Denken Sie doch an eine Handelskrise aus innern oder äußern Gründen. Die Reichsbank würde zum Spielball der politischen Parteien werden, sie könnte z. B. leicht aus einer Hüterin der Goldwährung zur Gegnerin derselben werden. — Was die Erhöhung des Betriebskapitals anlangt, so stehe ich dieser Frage sehr kühl gegenüber. Was die Kontingentirung der steuerfreien Notenausgabe anlangt, so ist mein Ideal eine einheitliche Zentralnotenbank. Dies Ideal ist aber aus politischen Gründen nicht erreichbar. Ich beantrage Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. (Bravo! b. d. Natl.)

Graf Kanitz (K.): Die Mehrzahl meiner politischen Freunde hält heute noch an dem Verstaatlichungsgedanken fest. Ich gehe noch weiter und halte sogar die Verstaatlichung einzelner Privatnotenbanken für geboten. Mit der Erhöhung des Grundkapitals bin ich selbstverständlich ganz einverstanden. Der Wohlstand einzelner Erwerbskreise ist gestiegen, ich sage nicht aller (Heiterkeit); die Bevölkerung hat sich vermehrt, der Unternehmungsgeist ist gestiegen, da muß das Stammkapital der Reichsbank so erhöht werden, daß sie das Uebergewicht über alle anderen Banken erhält. Die Erhöhung des Notenkontingents kann erst in der Kommission sachgemäß erörtert werden. Am bedenklichsten erscheint mir die Bestimmung, daß die Privatnotenbanken nicht unter dem Discontosatze der Reichsbank discontiren sollen. Darin liegt ein Eingriff in die natürliche Preisbildung des Geldes und eine Vertheuerung des Discontos. Unser Ideal aber ist billiges Geld und hohe Waarenpreise. (Sehr richtig! rechts.) Den Vorschlag des Kollegen Gamp, neue ausländische Emissionen bei dem jetzigen hohen Discontosatze der Reichsbank zu untersagen, halte ich für sehr beachtenswerth. Ein Bezugsrecht der jetzigen Antheilsgegner auf die neuen Antheilsscheine kann ich nicht anerkennen. Die öffentliche Ausschreibung wird nicht umgangen werden können. Ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. (Beifall rechts.)

Reichsbankpräsident Dr. Koch: Unser Reichsbankgesetz gehört zu den besten wirthschaftlichen Gesetzen, die wir haben. Meine 28jährige Erfahrung berechtigt mich zu diesem Urtheil. Selbst Graf Kanitz hat die Leitung der Reichsbank nicht tadeln können. Wir haben in unserm Kreditwesen keinen Erwerbsstand besonders bevorzugt und allen gleichmäßig zu dienen versucht. An den erprobten Grundlagen der Reichsbank darf nicht gerüttelt werden. Da ein Antrag auf Verstaatlichung der Reichsbank von Niemand im Hause in Aussicht gestellt ist, brauche ich diese Frage nicht erst zu berühren.

Ein Vertagungsantrag wird hierauf gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Konservativen angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Berathung.

Schluß 5½ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Abrüstungs-Kundgebung des Zaren hat bis jetzt nur die Friedensgesellschaften in Bewegung zu setzen vermocht, deren sentimentale Ergüsse die Presse zu überfluthen beginnen. Die Sozialdemokratie wird dem Zaren keine Vorspanndienste leisten. Etwas anderes ist es freilich, wie sie sich der zarischen Agitation für ihre Zwecke bedienen könnte. Der erste Schritt dazu ist von der deutschen Sozialdemokratie bei der Berathung der Militärvorlage gemacht worden. Uebrigens ist eine ähnliche, wenn auch viel mildere Kundgebung bereits 1874 vom Fürsten Gartschakoff ebenfalls „auf speziellen Wunsch und persönliche Anregung" des Kaisers Alexander II. erlassen worden. Damals hat Rußland die Mächte zu einer Konferenz in Brüssel eingeladen, um „eine Anzahl der im Kriegszustande zulässigen Gesetze und Gebräuche mit größerer Genauigkeit als bisher festzusetzen." Die Angelegenheit wurde eben so kühl aufgenommen, wie jetzt. Die Konferenz fand statt, kam aber nach langen Berathungen nicht über die Ausarbeitung eines „Entwurfs" und einer wortreichen „Erklärung" hinaus, die sie den Regierungen zur gefälligen weiteren Berücksichtigung übermittelte, und dabei ist es geblieben.

Die Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz, die augenblicklich von den in Eisenach versammelten Vertretern deutscher Versicherungsanstalten einer eingehenden Diskussion unterzogen wird, ist nicht ganz nach dem Geschmack dieser Herren. So haben sich diese jedenfalls kompetenten Beurtheiler der Novelle bezüglich der vorgeschlagenen anderweitigen Vertheilung der Rentenlast für die Bildung eines Gemein- und eines Sonder-Vermögens unter einer Reihe von Voraussetzungen ausgesprochen, die in erheblichen Punkten von der Regierungsvorlage abweichen. Insbesondere wird der vorgeschlagene Umfang der Gemeinlast abgelehnt und verlangt, daß nicht mehr als Gemeinvermögen ausgesondert wird, als was zur Deckung des Kapitalwerthes der bisher entstandenen Rentenantheile thatsächlich erforderlich ist. Damit würde sich das auszusondernde Gemeinvermögen auf ca. 35 pCt. (gegen 50 pCt. der Vorlage) des Vermögens der Anstalten ermäßigen. Die in der Novelle vorgeschlagene Einrichtung von örtlichen Rentenstellen wurde als nicht annehmbar erklärt; bei einer Zusammenlegung der gesammten Arbeiterversicherung könnte nach Meinung der Versammlung die Errichtung von Rentenstellen möglicherweise mit Aussicht auf Erfolg in Frage kommen.

Die Thätigkeit des Grafen Caprivi als Reichskanzler haben wir bereits gewürdigt. Wir tragen heute noch die einzelnen Daten aus seinem Lebensgang nach: Georg Leo v. Caprivi de Caprera de Montecuculi war am 24. Februar 1831 als Sohn des Geheimen Obertribunalraths v. Caprivi in Berlin geboren, wo er das Werdersche Gymnasium besucht hat. 1849 trat er in das Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiment ein, wurde 1861 zum Hauptmann im Generalstab ernannt und 1865 als Kompagniechef in das 64. Regiment, 1866 in den Großen Generalstab versetzt und zum Major befördert. Im Stabe des Oberkommandos machte er den Feldzug in Böhmen mit, nach dessen Abschluß er zum Generalstabe des Gardekorps übertrat. Bei Beginn des Feldzuges von 1870 wurde v. Caprivi als Oberstleutnant zum Chef des Generalstabes des 10. Korps ernannt. In dieser Stellung griff er in entscheidenden Momenten mit Erfolg in die Operationen ein. 1872 als Oberst mit der Leitung einer Abtheilung im Kriegsministerium beauftragt, ward Herr v. Caprivi 1877 zum Generalmajor befördert und erhielt 1878 das Kommando einer Infanteriebrigade in Stettin, 1881 das einer Gardebrigade in Berlin. Im Dezember 1882 zum Generallieutenant und Kommandeur der 30. Division in Metz ernannt, ward er im März 1883 berufen, nach dem Rücktritt des Admirals v. Stosch die Leitung der Admiralität zu übernehmen. Im April 1888 wurde er zum General der Infanterie ernannt. Am 26. Juni 1888 bat General v. Caprivi um seine Enthebung von diesem Amte, und es erfolgte die Genehmigung seiner Bitte mittelst eines Allerhöchsten Handschreibens vom 5. Juli 1888 unter Verleihung des Großkreuzes des Rothen Adlerordens mit Eichenlaub. Unmittelbar darauf, am 10. Juli, wurde General v. Caprivi mit dem Kommando des 10. Armeekorps betraut. — Nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck wurde der nun Verstorbene am 20. März 1890 zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Aus der folgenden Zeit seines Wirkens seien noch nachstehende Hauptdaten hervorgehoben: Am 1. Juli 1890 wurde das deutsch-englische Abkommen geschlossen, durch welches Deutschland die Insel Helgoland erhielt, während England das Witugebiet und das Protektorat über Sansibar zufiel. Der Tod ist durch Herzschlag erfolgt. Der Neffe des verstorbenen Grafen von Caprivi, General von Müller, erhielt folgendes Telegramm des Kaisers:

„General von Müller. Skyren. Soeben von der Nachricht vom Hinscheiden Ihres Onkels, des Generals der Infanterie Grafen von Caprivi, überrascht, spreche ich Ihnen und der Familie des Heimgegangenen meine theilnahmsvolle Mittrauer aus. Als Soldat von seinen Kriegsherren immer hochgeschätzt, als Reichskanzler mein arbeitsfreudiger, überzeugungstreuer Mitarbeiter, hat Graf Caprivi auch in der Zurückgezogenheit seiner Inaktivität es verstanden, sich die Anerkennung und Dankbarkeit seines Königs und Kaisers zu erwerben.

Wilhelm I. R."

Caprivi schwieg nach seiner Entlassung und hinterläßt keine Memoiren!

Gegen den fliegenden Gerichtsstand der Presse hat die Justizkommission des Reichstages einen ziemlich entschiedenen Beschluß gefaßt. Im § 7 Absatz 2 der Strafprozeßordnung wurde nämlich nach einem Antrag Beckh das Wort „periodischen" vor „Druckschriften" gestrichen, nachdem insbesondere auf die Gleichartigkeit von Broschüren mit Erzeugnissen der periodischen Presse hingewiesen war, so daß demgemäß für alle Druckschriften nur der Verlagsort maßgebend ist, und ebenso die für die Privatklagen im Antrag Rintelen vorgesehene Ausnahme von dem Gerichtsstande des Begehungsortes beseitigt. In dieser Fassung gelangte der betreffende Absatz 2 des § 7 zur Annahme. — Für die Praxis ist damit leider noch nichts gewonnen, da die Regierung nicht zustimmen wird.

„Eine ebenso vollständige wie verdiente Niederlage" soll der erste Tag der Postdebatte den Socialdemokraten gebracht haben. So behauptet die amtliche „Berliner Correspondenz", die unter ihrer neuen Redaktion seltsame Allüren annimmt und sich immermehr zum socialistentöterischen Organ erster Ordnung entwickelt. Das Ergebniß der Verhandlung, meint das Blatt, werde „der Beamtenschaft zu innerer Festigung dienen". — Mag sein, aber wahrscheinlich in anderem Sinne, als die Berliner Correspondenz meint. Man braucht nur an das zu erinnern, was Herr Stöcker am zweiten Tage der Debatte sagte. Stöcker meinte:

„Man fragt sich objektiv, welchen Eindruck die hier geführte Diskussion auf die Postbeamten machen wird, so ist es klar, diese werden sagen: die Sozialdemokraten führen unsere Sache!"

Wenn die Postbeamten nach der für Herrn Podbielski blamablen Verhandlung zu dieser Anschauung kommen, dann wird allerdings das Ergebniß der Beamtenschaft zu innerer Festigung dienen, und sie wird nicht die Folgerung der Correspondenz ziehen, die erklärt:

„Die letzten unzweideutigen Erklärungen vom Tische des Bundesrathes aus werden dazu beitragen, die Beamtenschaft im Bewußtsein ihrer Ehren- und Gewissenspflicht zu klären und sie in der Sozialdemokratie lediglich den geschworenen Feind des Staates und des deutschen Reiches erkennen zu lassen."

Die Postbeamten wissen, wer ihre Sache führt, und lassen ruhig die Herren Scharfmacher ihre Sprüche aufsagen, ohne sich darum zu kümmern. Im Uebrigen scheint Podbielski selbst nicht so siegesgewiß zu sein wie die amtliche Correspondenz. Der stenographische Bericht über die Freitagssitzung des Reichstages ist nämlich jetzt erschienen. Aber die Rede des Staatssekretärs von Podbielski nimmt sich da wesentlich anders aus, als sie in Wirklichkeit lautete. Die Berolinismen, das Kasernendeutsch und die sonstigen stark jovialen Ausdrücke sind ganz ausgemerzt. Auch sonst sind die vielen vom Staatssekretär nur angefangenen Sätze zu Ende geführt worden, die zahlreichen Wiederholungen und Einschachtelungen auf ein gewisses Maaß beschränkt worden. Mit einem Wort, die Rede ist in eine den übrigen Reden in den stenographischen Berichten angemessene Form gebracht und an vielen Stellen sozusagen in unsere geliebte Muttersprache übertragen worden. Für den Staatssekretär oder, wie wohl anzunehmen ist, für einen seiner Geheimräthe muß das ein hartes Stück Arbeit gewesen sein. Auch in den Ordnungsrufen des Vicepräsidenten Schmidt, mit denen dieser die Rede Singers unterbrochen hatte, fällt, wie gleichzeitig bemerkt sein mag, eine wesentliche Aenderung auf. Das Wort „Verleumdung", das der eine Ordnungsruf enthielt, ist durch das Wort „Beleidigung" ersetzt worden. Herr Schmidt hat sein Unrecht also selbst eingesehen und wieder gut zu machen gesucht.

Kleine politische Nachrichten. 80 Millionen Mark für Kasernirung sind nach Mittheilungen der Militärverwaltung in der Budgetkommission erforderlich, um das preußische Kontingent auch nach der gegenwärtigen Friedenspräsenzstärke angemessen zu kasernieren. Die Summe würde noch größer sein, wenn nicht inzwischen eine Anzahl von Kasernen durch Städte und Privatunternehmer gebaut und der Militärverwaltung miethweise überlassen worden wäre. So verschlingt der Militarismus Millionen über Millionen und noch ist kein Ende zu sehen! — Der Entwurf eines Hypothekenbank-Gesetzes und der Gesetzentwurf betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen, sind dem Reichstag zugegangen. — Ein Erlaß des preußischen Kultusministers an den Vorsitzenden des Ausschusses der Aerztekammern, Geh. Sanitätsrath Dr. Lent in Köln, fordert von den Aerztekammern gutachtliche Aeußerungen darüber ein, ob und welche Mißstände auf dem Gebiete der Gesundheitspflege infolge der Freigabe der Heilkunde hervorgetreten sind. Die Behörde geht nach dem Erlaß mit dem Gedanken um, die Kurirfreiheit zu beseitigen und das Kurpfuschereiverbot wieder einzuführen. (Wir befürchten, daß man mit dem Kurpfuschereiverbot die an sich gesunde Naturheilbewegung todtschlagen will.) — Der Ausschuß des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise tritt am 10. d. M. zu einer Sitzung in Berlin zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Frage der Arbeitsnachweisstatistik und die der ländlichen Arbeiter. — Uniformirte Gewerbe-Inspektoren. Durch Kabinetsordre ist genehmigt worden, daß die preußischen Gewerbe-Inspektoren, denen der Charakter als Bau- oder Gewerberäthe verliehen wird, die Uniform und Abzeichen der Regierungs- und Bauräthe anlegen. (Zweifellos werden die Gewerbe-Inspektoren in der neuen Uniform, zu der hoffentlich auch ein Degen gehört, sehr schneidig aussehen. In diesem Kostüm — sofern sie es auf den Inspektionstouren anlegen — würden die Arbeiterschutz-Anordnungen der Herren in den Augen widerspänstiger Unternehmer sicher einen weit bedeutenderen Nachdruck gewinnen!?) — Der Danziger Freihafen wird am 15. März in feierlicher Weise eröffnet werden. Man erwartet, daß auch der Kaiser dabei anwesend sein und eine weltpolitische Rede halten wird. — Die Nachricht, daß in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ein Antrag gestellt werden wird, dem jetzigen Bürgermeister Kirschner für jeden Monat, während dessen er die Amtsgeschäfte eines Oberbürgermeisters wahrgenommen hat, eine außerordentliche Zulage von 1000 Mark zu bewilligen, wird als irrthümlich bezeichnet. — Die Berliner Spiritushändler beschlossen am 4. Februar im gemeinsamen Interesse der Brennereibesitzer und Händler dem neuen Spiritusringe, Spiritus-Verwerthungsverband, nicht beizutreten. — Die beabsichtigte Anstellung eines weiblichen Hülfsarztes bei der Berliner Sittenpolizei zur Untersuchung der zum ersten Male Eingebrachten soll vorläufig aufgegeben sein. Das Berliner Polizeipräsidium gedachte durch diese Einrichtung unliebsamen Vorkommnissen, wie sie im abgelaufenen Jahre mehrfach die öffentliche Meinung erregten, vorzubeugen. Der Plan soll wider Erwarten gerade bei den Berliner bürgerlichen Frauenvereinen auf entschiedenen Widerstand gestoßen sein, wo die Meinung laut wurde, daß sich keine Aerztin zu dem verlangten Dienst hergeben dürfe. (Sollte das wirklich der wahre Grund sein? Nicht das Geschrei der Aerzte über die weibliche Konkurrenz?) — Der Erbprinz von Sachsen-Coburg und Gotha ist Montag in Meran gestorben. Der Erbprinz war bekanntlich voriges Jahr in eine Aufsehen erregende Spielgeschichte in Berlin verwickelt. Thronfolger ist nun der jüngere Bruder des jetzigen Herzogs, der Herzog von Connaught. Die Nachfolge ist also geregelt und bietet sich für den thronsuchenden Schaumburger keine Anwartschaft. — Anarchistisches. Berliner Blätter melden: Gelegentlich einer Haussuchung, welche in einer Beleidigungssache bei dem anarchistischen Schriftsteller Landauer vorgenommen wurde, fand man auch eine Nummer der Most'schen „Freiheit". Montag sollte von der dritten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin die verbotene Druckschrift auf ihren Inhalt geprüft und ihre Einziehung beschlossen werden. Es kam nicht dazu, denn der als Interessent geladene Schriftsteller Landauer erhob den Einwand, daß das Landgericht I nicht zuständig sei, da die fragliche Nummer nicht an seine Adresse, sondern an eine Deckadresse in einem Vorort Berlins geschickt worden sei. Der Gerichtshof hielt diesen Einwand für be-

gründet und verwies die Sache deshalb an das Landgericht II. (Soviel uns bekannt, geht es die haussuchende Polizei und ebenso das Gericht garnichts an, was für verbotene Zeitungen jemandem zugesendet werden, wenn nicht nachgewiesen werden kann, daß diese Druckschriften in Deutschland weiter verbreitet worden sind. In letzterem Falle machte sich aber selbstverständlich auch der Empfänger strafbar und daher hätte dann auch Herr Landauer angeklagt sein müssen. Ebenso klingt die Mittheilung seltsam, daß Herr Landauer dem Gericht eine Deckadresse angegeben habe; denn eine solche Angabe sähe — wie der „Vorwärts" mit Recht hervorhebt — einer Denunziation verzweifelt ähnlich.) — Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte die Wahl Kreitling's (FVp.) im zweiten Berliner Wahlkreis für ungültig. Der Reichstag dürfte sich diesem Beschlusse höchstwahrscheinlich anschließen, so daß dann in Berlin II demnächst neu gewählt werden muß. Hoffentlich gelingt es unserer Partei, den Kreis zurückzuerobern. — In der Budgetkommission des Reichstags erklärte gestern Kriegsminister v. Goßler, weder die Einführung eines neuen Gewehrs noch die neuen Munition sei beabsichtigt. Der Militäretat wurde erledigt; heute, Mittwoch, beginnt endlich die Berathung der Militärvorlage. (Dem Dementi des Kriegsministers ist wenig Gewicht beizulegen. Eines Tages wird das deutsche Volk bereits vor der vollendeten Thatsache stehen.) — Der „Reichsanz." veröffentlicht die Bestimmungen über die Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei der Beförderung von lebenden Geflügel auf Eisenbahnen. — Die Abrüstungskonferenz soll auf Vorschlag Rußlands im Haag zusammentreten, wahrscheinlich Anfang März. Nach der „Köln. Ztg." sind alle eingeladenen Regierungen damit einverstanden. Das Programm wird endgiltig erst von der Konferenz selbst festgestellt werden. — Wegen Wahlfälschungen ist nach der „Berl. Ztg." von der Strafkammer in Köslin der frühere Gemeindevorsteher Wenlandt aus Technow im Kreise Schivelbein, der als Wahlkommissar bei der letzten Reichstagswahl liberale Stimmzettel für konservative umgetauscht hatte, zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — Das englische Parlament ist am Dienstag mit einer Thronrede eröffnet worden, welche die friedlichen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten hervorhebt und bei Besprechung der Antianarchistenkonferenz die Nothwendigkeit einer Aenderung der englischen Gesetze betr. die Anarchisten, als wahrscheinlich bezeichnet. In Betreff der Gemeindeverfassung von London wird eine Gesetzvorlage angekündigt. Zum Führer der Liberalen im englischen Unterhaus ist an Stelle Harcourts am Montag Campbell Bannerman gewählt worden. — In Spanien wird die Königin-Regentin am Mittwoch, heute, ein Dekret unterzeichnen, durch welches die verfassungsmäßigen Rechte wiederhergestellt werden und der Belagerungszustand in ganz Spanien aufgehoben wird. Ministerpräsident Sagasta äußerte sich dahin, daß er unverzüglich der Königin-Regentin ein Dekret unterbreiten werde, durch welches die Cortes einberufen werden sollen. Des Weiteren beschloß der Ministerrath die Abschaffung des Ministeriums für die Kolonien. — Spanien zahlte dieser Tage als Zinsen für seine Staatsschulden nicht weniger als 300 Millionen Mark!! — Der amerikanische Senat hat den spanisch-amerikanischen Friedensvertrag mit einer Mehrheit von drei Stimmen genehmigt. — Der Aufstand gegen den Präsidenten Cuestas ist, wie aus Montevideo gemeldet wird, von den Regierungstruppen unterdrückt. Die Rebellen wurden geschlagen und gefangen genommen. Das Land ist ruhig. — Der Aufstand in China wird ernsthaft bedrohlich für das Reich. „Daily Mail" erfährt aus Peking: „Jeder Versuch, die Rebellen zurückzuschlagen, ist mißlungen. Die Aufständischen halten gegenwärtig eine Landstrecke von über 2800 Quadratmeilen besetzt. Um sich einen richtigen Begriff von dem Umfange der Rebellion zu machen, mag man sich vergegenwärtigen, daß jene Landstrecke fast ein Drittel des Deutschen Reichs-Areals darstellt. Bei der Dichtigkeit der Bevölkerung Chinas mag es sich also um 18—20 Millionen Einwohner handeln.

Oesterreich-Ungarn.

Des nationalen Haders scheint man nun doch in manchen Kreisen doch überdrüssig zu werden. In Böhmen fängt es an zu dämmern. Die gesammte deutsche und czechische Lehrerschaft hat sich zu einem gemeinsamen Kongresse in der deutschen Stadt Lobositz für den 25. März geeinigt. Auf dem Programm befinden sich Standesfragen mit strengstem Ausschluß jeder politischen und nationalen Diskussion. — Die Lehrer zeigen sich hier als wahre Volksbildner, aus man darf von diesem Kongresse eine gute moralische Wirkung erwarten. Im Uebrigen folgen die Lehrer damit nur dem Beispiel der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter Böhmens, die, obwohl getrennter Nationalität, doch ihre Interessen gemeinsam wahrnehmen. Dagegen fährt das rabiat gewordene Kleinbürgerthum fort, sich gegenseitig in nationalem Hader zu zerfleischen und durch Lahmlegung des Parlaments seine eigene politische Unfähigkeit zu dokumentiren. Daß das Volk nicht zu dem Zwecke seine Vertreter in's Parlament schickt und sie bezahlt, um ewige Rauf- und Schimpfszenen zu provozieren, wird den Herren schon einst klargemacht werden. Vorläufig haben sie freilich Dank dem bekannten Wahlsystem das Heft in den Händen. — Daß kein reaktionäres Regiment ohne Spitzel denkbar ist, erfahren jetzt auch die Deutsch-Oesterreicher in ihrer Opposition gegen die Thun'sche Gewaltwirthschaft. So verlautet aus Reichenberg in Böhmen: Seit einiger Zeit steht das deutsche Sprachengebiet unter scharfer geheimer Ueberwachung. Verschiedene Geheimagenten studieren die unter den Deutschen herrschende Stimmung. Hier und in Eger ist man diesen Agenten bereits auf die Spur gekommen, demzufolge wurde der deutschen Bevölkerung äußerste Vorsicht gegenüber Fremden angerathen. — Gegenüber „Fremden"! Diese Bezeichnung der Regierungsspione ist kurz und treffend. Sie schildert in einem Worte das Verhältniß zwischen der deutschen Bevölkerung und dem Wiener Regiment.

Frankreich.

Zur Dreyfus-Affäre. Endlich ist die Kriminalkammer zum Abschluß ihrer Enquete gelangt. Aus Paris wird gemeldet: Die Kriminalkammer des Kassationshofes hat am Dienstag ihre Untersuchung über die Revision des Dreyfus-Prozesses abgeschlossen. Die Akten werden dem Oberstaatsanwalt übermittelt, der seinen Antrag stellen wird. Die Akten mit der Antragstellung des Oberstaatsanwalts werden sodann der Kriminalkammer zurückgesandt, die ihren Berichterstatter ernennen wird. — Hoffentlich nimmt die „Affäre" nun einen schnelleren Verlauf.

Die Entscheidung der Kammerkommission, welche, wie wir gestern bereits mittheilten, die Kriminalkammer glänzend gerechtfertigt hat, bedeutet nicht blos für die Beaurepaire-Partei, sondern auch für das Kabinet Dupuy eine eklatante Niederlage. Denn dies Kabinet hatte sich ja zum Werkzeuge der Antirevisionisten hergegeben. Und es will mit ihnen stehen oder fallen, denn der Ministerpräsident Dupuy erklärte am Montag einem Berichterstatter bezüglich der Entscheidung der Revisionskommission, die Regierung werde die Vertrauensfrage stellen und jeden Zusatzantrag zurückweisen, der zum Zweck habe, den Charakter des Gesetzes zu ändern. Das kann zum Sturze des Ministeriums, der neulich schon signalisirt wurde, führen. Auf alle Fälle wird es heute in der Kammer heiß hergehen.

Vorbereitungen zum Staatsstreich? Der „Voss. Ztg." wird aus Paris gemeldet: Die Truppen der hiesigen Besatzung werden über ihr Verhalten gegenüber aufrührerischen Volksmassen unterrichtet. „Gaulois" erklärt angesichts anderer Deutungen, dieser Unterricht beziehe sich auf mögliche Zusammenstöße mit ausständigen Arbeitern.

Es liegt zur Zeit durchaus keinerlei Anlaß vor, die Truppen über ihr Verhalten gegenüber „ausständigen Arbeitern" zu unterrichten, denn es ist gegenwärtig kein Arbeiterausstand von irgendwelcher Bedeutung in der Hauptstadt. Soweit aber Ruhestörungen bei Streiks in Paris vorgekommen sind, wie beispielsweise beim Bauarbeiterstreik im letzten Sommer, war es auch dort die Polizei, die sie provozirte. Eher könnte man an verschämte Vorbereitungen zu einem Staatsstreich denken.

Zu der neuen Spionageaffäre wird dem „B. T." gemeldet: Der neu verhaftete Spion heißt Albert Boisson. Er war Leutnant im 79. Infanterie-Regiment in Nancy und 1898 wie schlichtem Abschied entlassen, da er sich mit einem Frauenzimmer Marie Barabel zusammengethan, in Skandale verwickelt war und indelikate Geldgeschäfte gemacht hatte, um den Aufwand der Barabel bestreiten zu können. Seit seiner Entlassung galt er für verdächtig und wurde überwacht. Der Spionage soll er sich indessen erst im Januar gewidmet haben, nachdem er bei einer Reise von der Schweizer Grenze die Bekanntschaft zweier angeblicher Handlungsreisender gemacht hatte, welche deutsche Spione gewesen sein sollen. Diese gaben ihm Geld; was er ihnen dafür geliefert hat, ist unklar. Auch Marie Barabel, die inzwischen bereits einen neuen Liebhaber gefunden hatte, wurde verhaftet. Die Haussuchung ergab kein Resultat. — Die Entdeckung ist auf eine recht merkwürdige Art geschehen. Infolge Einsturzes einer kleinen Holzbrücke fiel der Postwagen in die Loire. Der Briefsack wurde von der Strömung fortgerissen und erst einige Tage später aufgefunden. Der an einen ausländischen Agenten adressirte incriminirte Brief lautete: „Ich schicke Ihnen die zwei verlangten Photographien zurück; Sie erhalten demnächst drei Photographien des Werks, von dem ich mit Ihnen sprach. Ich hoffe, Sie haben meinen letzten Brief von vor 8 Tagen beantwortet, wie ich bat, unter den in St. Etienne vereinbarten Anfangsbuchstaben."

Der General Gallifet hat den „Gaulois" für den 1. März vor Gericht geladen, damit das Blatt die nöthigen Aufklärungen über die vor einigen Tagen gebrachten Beschuldigungen gebe, wonach Gallifet gewisse Aussagen über Mitglieder des Cassationshofes und über Picquart bei einem intimen Essen gemacht haben soll.

Rochefort ist Sonntag unter großen antisemitischen Demonstrationen in Algier gelandet. Die Demokraten setzten eine Gegendemonstration ins Werk. Die Mitglieder der „demokratischen Liga", die sich mit Pfeifen versehen hatten, pfiffen unaufhörlich; aus der Menge ertönte der Gegenruf: Nieder mit den Verräthern! und es entstand ein Handgemenge. Die Gendarmen verhafteten mehrere Personen; darunter einen Deputirten und einen Municipalrath. Der Kommandeur des algerischen Armeekorps General Larchey hat die Leitung der Sicherheitsmaßregeln übernommen. Der Maire von Algier und seine Adjunkten ermahnten die Bevölkerung zur Ruhe. Der Präfekt hat in Folge der Unruhen den Bürgermeister und den Munizipalrath suspendirt. Im Ganzen wurden, wie nachträglich noch gemeldet wird, 101 Personen verhaftet, wovon 66 Eingeborene und 35 Europäer sind. Auch mehrere Damen sind darunter. Die meisten Europäer, worunter 3 Redakteure der Zeitung „Télégramme", wurden nach kurzem Verhör wieder freigelassen. Eine ganze Anzahl von Personen mußte in's Spital gebracht werden. Gegen Abend bot die Stadt wieder ihr gewöhnliches sonntägliches Bild. Die Truppen kehrten in ihre Kasernen zurück. Nur die Gensdarmerie machte bis tief in die Nacht hinein Patrouillen.

Rumänien.

Ueber die Bauernunruhen verbreitet jetzt die Regierung Noten, welche die Revolten als harmlos hinstellen. Der Grund ist klar: man will die Finanzen nicht schädigen. Bürgerliche Blätter in Deutschland lassen sich dagegen melden, daß sich die Unruhen immer weiter ausbreiten, und daß sogar das Militär mit den Bauern sympathisirt. Doch lauten die Nachrichten immer noch sehr unbestimmt, besonders sind die Ursachen zu den Unruhen noch gar nicht klar. Nur eins scheint fest zu stehen, daß man von Seiten der Regierung gegen die Sozialisten, denen man die Revolten, ohne bestimmte Beweise zu haben, natürlich in die Schuhe schiebt, vorgeht. Hoffentlich liegen bald authentische Nachrichten vor.

Philippinen.

Von den Kämpfen um Manila wird jetzt Genaueres bekannt. Danach ist der Verlust der Amerikaner auf 175 Todte und Verwundete, der der Tagalen auf 750 zu beziffern. (Eine andere Depesche besagt: Die Verluste der Filippinos hätten 2000 Todte, 3500 Verwundete und 5000 Gefangene betragen, was jedoch jedenfalls eine amerikanische Windbeutelei ist. Red. d. L. V.) Daß der Angriff der Filippinos so kräftig zurückgewiesen werden konnte, stellt sich als Folge der energischen Mitwirkung heraus, welche die Flotte leistete. Die schweren Marinegeschütze erwiesen sich den Angreifern gefährlich. Hieraus ergiebt sich zugleich, daß die Schwierigkeiten des Kolonialkrieges für Amerika erst hervortreten werden, wenn es gilt, ihn in der Wildniß des Landesinnern auszufechten. Vor Manila sollen 13 000 Amerikaner 20 000 Filippinos gegenübergestanden haben. Aus Washington wird im Zusammenhang mit der Manila-Aktion gemeldet, daß die amerikanische Regierung gegen Agoncillo, den Geschäftsträger Aguinaldo's, sofortige Ausweisung beschlossen habe. Agoncillo ist jedoch lieber selbst gegangen. Er hat bereits in der Nacht zum Sonntag Washington verlassen.

Schlesien und Nachbargebiete.

8. Februar.

Gelder für die Löbtauer Opfer der Gerechtigkeit im Klassenstaate werden von der Expedition dieses Blattes entgegengenommen. Wir bitten, dem Aufruf der Fraktion mögliche Beachtung zu schenken.

Die „Eisenbahn-Zeitung" zitirt den Geschäftsbericht der Genossenschafts-Bäckerei und kaupit daran folgende, wirklich originelle und die ganze Geistesgröße des Verfassers kennzeichnende redaktionelle Bemerkung:

„Angesichts dieses sozialistischen Großbetriebes kann man sich nur wundern über das pharisäerhafte Räsoniren der sozialdemokratischen Presse über die kapitalistischen Großbetriebe. D. Red."

Daß doch immer gewisse Leute sich selbst blamiren müssen! Herrn Julius Heyes Igaoranz ist so erheiternd, daß wir ihm oft schon dankbar gewesen sind für die vergnügten Augenblicke, so er uns bereitete. Jetzt habe ich den „Kerls" aber einen aufgewischt, denkt der antisemitische Freiheitsmann gewiß und erwartet sicherlich, „wir als Zwölfer" werden das anerkennen. Aber um Alles in der Welt, wann haben wir je über die Großbetriebe räsonnirt, (was wohl soviel wie „klagen" heißen soll), wann hätten wir nicht die Vorzüge derselben anerkannt? Mehr wollen wir garnicht dazu sagen, aber den stillen und uneigennützigsten Nächstenliebe entsprungenen Wunsch wollen wir doch aussprechen, daß der geistige Betrieb des Vaters oben zitirter Worte ein ebenso guter werden möge, wie der Betrieb der Genossenschafts-Bäckerei. Dann könnte der also Beglückte seinem Schöpfer auf den Knieen danken für die Gewißheit, vor Selbstdemüthigungen sicher zu sein.

Zur Beachtung für unsere Landagitatoren. Das Vertheilen von Flugblättern von Haus zu Haus aus einem unter dem Arm getragenen Packet erachtet der Strafsenat des Kammergerichts als eine öffentlich bemerkbare Arbeit und sonach als unter das Verbot fallend, welches der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein in seiner Verordnung vom 20. Februar 1896, betreffend die äußere Heiligthaltung der Sonn- und Festtage, erlassen hat. Die von dem Tischlergesellen Hansen, welcher wegen Uebertretung der gedachten Oberpräsidialverordnung von der zweiten Strafkammer des Landgerichts zu Flensburg zu 15 Mark verurtheilt worden ist, eingelegte Revision wurde daher zurückgewiesen.

lt. **Beinahe ertrunken** wäre gestern Nachmittag der ungefähr 12jährige Knabe B. Derselbe begab sich auf das Eis der Außenwakenitz in der Nähe der Moltkebrücke, um das gegenüberliegende Ufer zu erreichen. Ziemlich in der Mitte angelangt, brach das noch sehr wenig starke Eis, und der Junge versank in den kalten Fluthen. Die sofort angestellten Rettungsversuche waren anfangs erfolglos; erst einigen beim Abersen der Wakenitz in der Nähe beschäftigten Arbeitern gelang es nach schweren Anstrengungen, durch Hinlegen von Brettern den Verunglückten dem nassen Elemente zu entreißen und aufs Trockene zu bringen. — Möge dieser Unfall, der leicht die betrübendsten Folgen hätte haben können, den in der Nähe des Wassers wohnenden Eltern zur Warnung dienen, damit sie ihren Kindern das Betreten des Eises streng verbieten.

Die Gewerkschaften werden von der Kartellkommission darauf hingewiesen, daß die Beitragzahlung zur Unterstützung der streikenden Tabackarbeiter mit dem 4. Febr. beendigt ist. Die Gewerkschaften, welche mit ihren Zahlungen im Rückstande sind, werden um baldige Ablieferung der Reste ersucht, damit die Abrechnung fertig gestellt werden kann. — Weiter wird den Gewerkschaftsvorständen an's Herz gelegt, für die richtige Vorbereitung der demnächst zu veranstaltenden statistischen Aufnahmen Sorge zu tragen. Nur wenn ein brauchbares Material geliefert wird, kann der Versuch ein gutes Resultat ergeben. Wir richten diesen Appell gleichzeitig an alle gewerkschaftlich organisirten Arbeiter in der bestimmten Erwartung, daß wir nicht umsonst gerufen haben. Eine gründliche Statistik liegt im allgemeinen Interesse.

Vom Tage. Wegen Unterschlagung von 73 Mark einkassirter Gelder ist gegen einen Schreiber Untersuchung eingeleitet. — Verhaftet wurden 3 Personen wegen Bettelns, 1 wegen Trunkenheit.

= **Arbeiterrisiko.** Auf der Maschinenbau-Aktiengesellschaft warf sich der Arbeiter Pawlock einen Baggereimer beim Transport auf den Fuß und verletzte sich nicht unerheblich.

Ein Ehedrama spielte sich Sonntag Nachmittag in der Depenau ab. Die Eheleute S., von denen er wenig

Lust zum Arbeiten verspürt und sie gern trinkt, geriethen in einen Streit, wobei der Mann seine Frau mit einem Beile bewarbeitete, während letztere einen handfesten Hammer gebrauchte. Beide fügten sich gegenseitig so schwere Verletzungen zu, daß sie auf Veranlassung des Polizeiarztes dem Allgemeinen Krankenhause zugeführt werden mußten.

ck **Nachklang von Sylvester.** Das Schöffengericht verhandelte Dienstag über eine Schlägerei in der Sylvesternacht. Der Eisendreher M. war, von der Sylvester-Feier nach Hause gehend, bei der Drehbrücke mit den Schlachtergesellen Petersen zusammengestoßen und hatte Letzteren nach kurzem Wortwechsel durch einige Hiebe mit einem Stock erheblich am Kopfe verletzt, so daß P. sich noch jetzt in ärztlicher Behandlung befindet. Das Gericht verurtheilte M. zu einer Gefängnißstrafe von 3 Monaten und Zahlung einer Geldbuße von 85 Mk. an Petersen. Der Staatsanwalt hatte 4 Monat Gefängniß beantragt.

Ueber die Thätigkeit des Buchdruckervereins in Lübeck (Mitgliedschaft des Verbandes) im vorigen Jahre erhalten wir folgende Mittheilungen: Der Verein hielt im Jahre 1898 8 Monatsversammlungen und 2 Generalversammlungen ab. Außerdem fand noch eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, in der der Redakteur des „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker", Ludwig Metzhäuser-Leipzig, über „Die Setzmaschine und die technischen Umwälzungen im Buchdruckgewerbe", ein äußerst interessantes Referat hielt. Der Versammlungsbesuch hatte namentlich durch die erst Abends 9 Uhr beendete regelmäßige Arbeitszeit einiger Druckereien zu leiden. Im Durchschnitt waren 30 Collegen anwesend. Der höchste Besuch betrug 52, der niedrigste 30. In den Versammlungen diente als Gegenstand der Besprechung namentlich das Innungswesen im Buchdruckgewerbe, dessen zweifelhafte „Segnungen" ja jetzt auch den Lübecker Buchdruckern nicht mehr vorenthalten werden, die Einführung der Bundesraths-Bestimmungen in den hiesigen Druckereien, die Besprechung des in diesem Jahre stattfindenden 50jährigen Jubiläumsfestes und last not least die Bewegung zur weiteren Anerkennung und Durchführung des allgemeinen deutschen Buchdruckertarifs. Die schriftliche Anerkennung desselben ist bis jetzt noch nicht erfolgt in den Offizinen des Amtsblattes (Inh. A. Mey), J. Oldenburg (Vorsitzender der Innung), „Eisenbahn-Zeitung" und A. Levy. Benachtheiligt werden namentlich die in solchen Druckereien beschäftigten Lehrlinge, denen ihr späteres Fortkommen dadurch erschwert wird. Daß der Verein im abgelaufenen Jahre auch seine um die Verbesserung ihrer Lage kämpfenden Arbeitsbrüder nicht vergessen hat, sondern allen diesen, soweit es ihm möglich war, hülfreich zur Seite stand, beweisen die weiter unten befindlichen Angaben. Die hierfür erforderlichen Mittel mußten durch mehrfache Beitragserhöhung aufgebracht werden und hatten sich mehrere Versammlungen hiermit zu befassen. Die Ortskasse hatte incl. des Kassenbestandes von Ende 1897 eine Einnahme von 769 Mk. 45 Pfg. An Ausgaben sind zu erwähnen: Für die etwa 600 Bände zählende Bibliothek und Fachzeitschriften incl. „Correspondent" 192,11 Mk., an andere Gewerkschaften 160,00 Mk., Kosten des Johannisfestes 151,00 Mk. Am Schlusse des Jahres 1898 hatte die Kasse einen Bestand von 124,89 Mk. Krankentage am Ort sind gezählt 1507. Arbeitslos waren 22 Mitglieder, im Ganzen 688 Tage. Krankengeldzuschuß aus der Verbandskasse wurde gezahlt 1940,40 Mk., Arbeitslosen-Unterstützung 460,00 Mk. 23 Zureisende erhielten 98,75 Mk. Tagegelder. Baar an den Gaukassirer konnten 1500,00 Mk. eingesandt werden. Der Mitgliederstand am Orte betrug am Ende 1897 86, neueingetreten sind 12, wiedereingetreten 4, zugereist 47, vom Militär 3, zusammen 151; abgereist sind 44, ausgetreten 1, gestorben 2, zum Militär 1; sodaß am Schlusse des Jahres 1898 ein Mitgliederstand verblieb von 103. Der Beitrag zum Verband betrug 1,10 Mk., zur Gaukasse 10 Pfg., zur Ortskasse 20 Pfg. und zur Unterstützungskasse für Buchdrucker in Lübeck 20 Pfg. Die „Unterstützungskasse für Buchdrucker in Lübeck" zahlte an Unterstützung im Jahre 1898: Wittwengeld 360 Mk., Sterbegeld 150 Mk., Zuschuß zur Arbeitslosen-Unterstützung 128,50 Mk., Abreisegeld 96 Mk., an Durchreisende 234,00 Mk. und Zuschuß zum Krankengeld 705,60 Mk. Das Vermögen sämmtlicher Zweige dieser Kasse betrug Ende 1898 8505,49 Mk.

Auf der Schiffswerft von H. Koch hat Herr A. Linnartz, wie er uns mittheilt, eine Kantine zum Verkauf alkoholfreier Getränke, wie Selters, Limonaden, Braunbier, Kaffee u. dgl., sowie einfacher, zum Frühstück geeigneter Eßwaaren, wie Brod, Butter, versch. Wurstwaaren, div. Käse, Häringe, Eier u. dgl. eingerichtet.

Hamburg. Eine Versammlung von 2000 organisirten Schauerleuten beschloß, gegenüber den Maßregelungen wegen Nichtbenutzung des neuen Arbeitsnachweises energische Gegenmaßregeln zu treffen. Als die geeignetste Maßregel wurde in der Debatte der sofortige Ausstand bezeichnet.

Viehmarkt.

Hamburg, 7. Februar.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 2250 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 50—52 Mk., leichte 51—53 Mk., Sauen 46—50 Mk. und Ferkel 50—52 Mk pr. 100 Pfd.

Der Kälberhandel verlief ziemlich gut.

Zugeführt wurden 1150 Stück. Unverkauft blieben — St. Preis: Beste 85—97 Mk., geringere 57—68 Mk. pr. 100 Pfd.

Tee-Berichte.

D. „Mathilde Jäde", Kapt. H. Schmidt, ist am 7. Februar nach Trelleborg abgedampft.

D. „Aegir", Kapt. Sjöman, ist am 7. Februar in Hangö angekommen.

Briefkasten.

Ein Ungeduldiger. Versammlungen auf dem Landgebiete werden voraussichtlich schon in allernächster Zeit stattfinden. Vergessen haben wir Euch nicht, rufet nur, so kommen wir sicher.

Abonnent B. Das läßt sich ohne genaue Kenntniß der Verhältnisse schwer entscheiden. Das Mädchen muß sich einfach weigern, Kellnerinnendienste zu verrichten.

Stadttheater. Für Donnerstag ist eine Wiederholung der komischen Oper „Die lustigen Weiber von Windsor" von Otto Nicolai angesetzt. Freitag findet das Benefiz für den ersten Kapellmeister Ohnesorg statt; zur Aufführung gelangt Rich. Wagners „Tannhäuser". Frl. Möder singt die Elisabeth, ferner wirkt das ganze Opern- und Schauspielpersonal in dieser Vorstellung mit. Als volksthümliche Vorstellung zu kleinen Preisen geben Sonnabend Schillers „Räuber" in Scene.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Sämmtliche Arbeiter der Lübecker Genossenschaftsbäckerei sagen allen Freunden und Genossen ihren besten Dank für die rege Betheiligung an ihrem Feste.

J. A.
Das Fest-Comitee.

Gute Cigarren, abgelagert, 100 Stück Mark 2,90.
Geibelplatz 16, part., Flügel.

Einzelne Kinderhosen mit und ohne Leibchen enorm billig. **Marlesgrube 38.**

Speise-Halle Hansa

Mengstraße 24, 1.

Großer Mittagstisch von 11½—2 Uhr.
à Person 40 und 50 Pfg.
Abendessen von 6—9 Uhr.
à Person 30 und 40 Pfg.

Zwiebellebverwurst, per Pfd. 80 Pfg.
Leberwurst, per Pfd. 60 Pfg.
Sülze, per Pfd. 60 Pfg.
Flohmenschmalz, per Pfd. 60 Pfg.
ff. Margarine, per Pfd. 50, 2 Pfd. 90 Pfg.
dito per Pfd. 60, 2 Pfd. 1,10 Mk.
empfiehlt in reeller Waare

E. Möhl, Aegidienstraße 8.

Braun-Bier

in Syphons

5 Ltr. Inhalt
75 Pfg.
Alleinverkauf die Brauerei
Adolf Osbahr,
Glockengießerstraße 87.

Versuch macht klug!

Herren-Sohlen u. Flecke von Mark 2,00
Damen- do. u. do. von do. 1,50
Mädch.- u. Knab.- do. u. do. von do. 0,90

Alle anderen Reparaturen billigst.
Jede Reparatur wird sofort ausgeführt.

Deutsch-Amerikanische Schuhwaaren-Reparatur-Anstalt
Königstr. 48
Ecke Alter Schrangen.

Die **Ueberhäufungen** der Arbeiten haben vielfach Anlaß zu den Verzögerungen gegeben, die in der Ablieferung der **Neubestellungen, Reparaturen** und **Schleifereien** für

Messer, Scheeren und Waffen

zuweilen eingetreten sind.

Durch **bedeutende Vergrößerung** des Lagers, der Werkstatt und Einstellung neuer Arbeitskräfte bin ich in der Lage, jetzt meine werthe Kundschaft bei vorkommendem Bedarf in

Messer, Scheeren, Waffen, sowie Reparaturen, Schleifereien

wieder prompt und sorgfältig zu bedienen.

Ferner erlaube ich mir die höfl. Anzeige, daß ich auch eine

Reparatur-Werkstatt für Fahrräder

und großes Lager von **Reservetheilen und Fahrradzubehör** neu eröffnet habe.

In der Waffenbranche mit der **größten Präcision** zu arbeiten gewohnt, werde ich jede **Fahrrad-Reparatur** aufs **sorgfältigste** unter weitgehender Garantie ausführen.

Für das mir bisher in so reichem Maaße geschenkte Vertrauen bestens dankend, bitte auch mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

32. Holstenstraße **Heinr. Oldorf** Holstenstraße **32.**

Oeffentliche

Bauarbeiter-Versammlung

am Freitag den 10. Februar
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zu dem in Berlin stattfindenden Congreß sämmtlicher im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter, ev. Wahl eines Delegirten zu demselben.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht **der Einberufer.**

Quartettverein „AMICITIA". **25** **Masken-BALL.**

Stiftungs-Fest

am 13. Februar (Fastnachtmontag)
im Colosseum.

Oeffnung für Zuschauer 6 Uhr. Oeffnung für Masken 7 Uhr.
Eingang der Masken im Privathaus.

Maskenzug: 8 Uhr.

Karten sind zu haben bei: **F. Steen,** Reiferstraße 42, **W. Voss,** Kl. Altefähre 7, **C. Kellmann,** Engelsgrube 23, **C. Mese,** Wahmstraße 72, **A. Rütze,** Gr. Kiesau 20, **H. Dunz,** Hartengrube 39, **W. Hein,** Tabak- und Cigarrenhandlung, Schwönekenquerstraße 24.

Maskengarderobe des Herrn Pitense ist daselbst.

NB. Pierrots und Kindern ist der Zutritt nicht gestattet.

Der Vorstand.

Einen großen Posten
Kinder-Knopf- und Schnür-Schuhe
für einen Spottpreis Marlesgrube 38.

Prima Magnum bonum,
feinste franz. Eierkartoffeln
empfehlen billigst
Spethmann & Fischer,
Beckergrube 59.

Ueberzeugen Sie sich, dass meine **Deutschland-Fahrräder** u. Zubehörtheile die besten und dabei die allerbilligsten sind.

Über 1000 Anerkennungen.
Wiederverkäufer gesucht.
Haupt-Katalog gratis & franco.
August Stukenbrok, Einbeck
Deutschlands grösstes Special-Fahrrad-Versand-Haus.

Photograph. Atelier

von

M. Heber

Klingenberg 8/9 Klingenberg 8/9
hält sich dem Publikum bestens empfohlen.
Confirmanden bedeutende Preisermäßigung.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.
(arzneilose Heilweise.)

Ordentliche

Hauptversammlung

am Donnerstag den 9. Februar
Abends 8½ Uhr
im Saale des **Bürgervereins,**
Königstraße 25.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Bericht der Rechnungsprüfer.
3. Wahl des zweiten Vorsitzenden, des Schriftführers und eines Beigeordneten, welche satzungsgemäß ausscheiden.
4. Wahl zweier Rechnungsprüfer für das Jahr 1899.
5. Antrag auf Entschädigung des Kassenführers.
6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Gesangverein „Eintracht".

Einladung zum

Sänger-Commers

verbunden mit
Concert u. humorist. Vorträgen
am Sonntag den 12. Februar
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Anfang 6 Uhr.
Eintritt frei. Garderobe 20 Pfg.
Karten sind zu haben bei C. Wittfoot, Hüxstraße 18, und im „Vereinshaus".

Das Comitee.

Circus Variété

Große Carnevals-Vorstellung.
Mad. Weston's dressirte Seehunde.
Lübeck in Kiautschou und sämmtliche großartige Specialitäten.
Der größte Erfolg der Saison Lach'.

Stadttheater in Lübeck.

Donnerstag den 9. Februar.
Die lustigen Weiber von Windsor.
Komische Oper in 4 Akten von Nicolai.
Freitag den 10. Februar.
Benefiz für Herrn Capellmeister Ohnesorg.
Tannhäuser.
Große romantische Oper in 3 Akten v. R. Wagner.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 34. Donnerstag den 9 Februar 1899 6. Jahrgang.

Biographisches aus den Parlamenten.

A. K. Vielfachen Wünschen unserer Leser entsprechend, veröffentlichen wir nachstehend einen Auszug aus den Handbüchern des deutschen Reichstages und des preußischen Landtages, enthaltend die Biographien der Abgeordneten derjenigen Kreise, die zum Vertretungsbezirk unseres Blattes gehören.

Reichstag.

Lübeck. Schwartz, Johann Carl Theodor, SD., Geschäftsführer und Theilhaber der Firma Friedr. Meyer jr. Comp. (offene Handelsgesellschaft), Buchdruckerei und Buchhandlung, Verlag des „Lübecker Volksbote". Geb. am 14. April 1841 in Lübeck; lutherisch. Besuchte die Knaben Armenschule in Lübeck von 1847–55. Nachdem er von 1855–59 die Formerei erlernte, trat er in den Dienst der deutschen Handelsmarine. Bereiste als Former Nord- und Süddeutschland und die Schweiz. Diente darauf wieder zur See bis 1886. Von 1868 Mitglied des Allgem. deutschen Arbeiter Vereins. Seit 1875 Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands. Seit 1889 Vertrauensmann der deutschen Former. Redakteur des „Glück auf" 1891–95. War Mitglied des Reichstags von 1890–93.

Oldenburg I. Bargmann, Carl, F. Vg., Oberamtsrichter zu Oldenburg i. Gr. Geb. am 19. Februar 1854 zu Eckwarden; lutherisch. Besuchte das Gymnasium zu Oldenburg und die Universitäten Göttingen, Heidelberg und Berlin. 1877–78 Auditor beim Obergericht zu Vechta. 1878–85 Sekretär und Hilfsarbeiter beim Staatsministerium. 1885 Amtsrichter beim Amtsgericht Oldenburg. 1890 Oberamtsrichter. Mitglied des Stadtraths zu Oldenburg i. Gr.

Mecklenburg-Strelitz. Nauck, Rudolf, Hosp. d. NP., Großherzoglicher Domänenpächter zu Groß-Schönfeld bei Blankensee in Mecklenburg-Strelitz. Geb. am 15. März 1851 zu Badresch, Mecklenburg Strelitz, evangelisch-lutherisch. Besuchte das Gymnasium zu Friedland i. M., studirte auf den Universitäten Halle und Berlin; erlernte die Landwirthschaft in Mecklenburg, war thätig als Landwirth in der Neumark, in Westpreußen und Pommern; übernahm 1875 das Rittergut Dishley in Mecklenburg-Strelitz, 1879 die Großherzliche Domäne Groß-Schönfeld. Von 1893 an Mitglied des Reichstages.

Mecklenburg-Schwerin 1. (Hagenow-Grevesmühlen.) Rettich, Meno Fr. S., kons., Domänenrath zu Rostock. Geb. am 27. September 1849 zu Rosenhagen (Mecklenburg), evangelisch. Besuchte das Gymnasium zu Lübeck, studirte in Heidelberg, Leipzig und München Rechtswissenschaft und Nationalökonomie. Seit 1862 Landwirth, seit 1868 Besitzer des Gutes Rosenhagen, welches er 1892 verkaufte. Seit 1888 Hauptsekretär des Mecklenburgischen patriotischen Vereins (landwirthschaftlicher Centralverein). Mitglied des deutschen Landwirthschaftsraths, stellvertretender Vorsitzender des Mecklenburgischen Landwirthschaftsraths, Mitglied des Ausschusses der Verkehrsinteressenten bei der A. Tarifkommission. Mitglied des wirthschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung von Handelsverträgen. Seit 1893 Vertreter des Wahlkreises.

Schleswig-Holstein 8. (Altona-Stormarn.) Frohme, Karl Franz Egon, SD., Schriftsteller, Redakteur des „Hamburger Echo", Hamburg, geb. am 4. Februar 1850 zu Hannover, konfessionslos. Besuchte die katholische St. Clemensschule in Hannover. Erlernte die Maschinenschlosserei. Seit 1870 journalistisch und agitatorisch thätig. Seit 1890 Redakteur des „Hamb. Echo". Mitglied des Reichstages seit 1881. Mitwirkung in vielen Kommissionen desselben, u. A. auch in der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch, sowie in der Kommission für die Militärstrafprozeßordnung. Häufig in politische Prozesse verwickelt, die ihm längere Gefängnißstrafen eintrugen.

Schleswig-Holstein 9. (Ploen-Oldenburg.) Dr. jur. Stockmann, Hermann August Wilhelm, R.-P., Konsistorial-Präsident, zu Münster i./W. Geboren am 28. Februar 1848 zu Steinrade bei Lübeck, evang.-luth. Besuchte das Gymnasium in Lübeck und die Universitäten Berlin und Göttingen. In Göttingen promovirte er im April 1873 als Doktor der Rechte. 1. September 1873 Referendar, am 23. Februar 1878 Gerichtsassessor, 1. Juli 1878 Kreisrichter in Itzehoe, 1882 Konsistorialassessor in Kiel, 1886 Konsistorialrath, 1890 Mitglied des Landeskonsistoriums zu Hannover, 1892 Ober-Regierungsrath und Direktor des Konsistoriums in Wiesbaden, 1896 Konsistorial-Präsident in Münster i./W., Hauptmann der Reserve, Theilnehmer am Feldzug 1870/71, Inhaber des eisernen Kreuzes.

Schleswig-Holstein 10. (Lauenburg). Graf von Bernstorff, Andreas, Geh. Oberregierungsrath, vortragender Rath im preußischen Kultusministerium, Kammerherr des Kaisers, Gutsbesitzer in Stintenburg bei Bantin (Lauenburg), geb. am 20. Mai 1844 zu Berlin, evang. Besuchte das Kitzthum'sche Gymnasium zu Dresden und die Universitäten Berlin und Heidelberg. Königlich Preuß. Kammergerichts-Auskultator 21. Dezember 1864, Kammergerichts Referendar 1866, Gerichtsassessor, am 25. September 1869. Vom April 1870 bis Ende Dezember 1873 Legations Sekretär in Dresden, London, Wien und Washington. 1. Januar 1874 bis Juni 1880 Landrath des Kreises Lauenburg, von da ab im Kultusministerium, Geh. Regierungsrath 1881, Geh. Ober-Regierungsrath 1887. Mitglied des Kreistages im Kreise Herzogthum Lauenburg. Mitglied des Reichstages seit 1893.

Landtag.

Schleswig-Holstein 15. (Segeberg). Vertreter ist Herr Dr. Stockmann (s. oben).

Schleswig-Holstein 16. (Stormarn). von Bülow, Detlev, kons. Geb. am 16. April 1854 in Schwerin in Mecklenburg. Studirte nach Absolvirung des Flensburger Gymnasiums die Rechtswissenschaften in Bonn, Leipzig, Kiel und Berlin, wurde 1879 Referendar, 1885 Regierungsassessor und arbeitete 1885–87 bei der Regierung in Schleswig, bis er in letzterem Jahre zum Landrath des Kreises Stormarn ernannt wurde. Im Jahre 1894 legte er dieses Amt nieder und verlegte seinen Wohnsitz nach seinem Gute Bossee bei Kiel.

Schleswig-Holstein 17. (Ploen). Kasch, Heinrich Christian Ehmcke, Privatier in Ploen, kons. Geb. am 30. Juli 1833 zu Pehmerhof, Kreis Ploen, besuchte die Volksschule und widmete sich der Landwirthschaft. 1869 bis 1883 war er Mitglied des Kreistages für den Kreis Ploen, 1875–83 gleichzeitig auch Mitglied des Provinziallandtages. Mitglied des Landtages seit 1877.

Schleswig-Holstein 18. (Oldenburg). Hansen, Gustav, Hofrath in Tondern, kons. Geboren in Wilster am 28. Septbr. 1831 als Sohn des damaligen Diakonus daselbst und späteren Hauptpastors in Wandsbek Adolf Ulrich Hansen († 1869), besuchte er das Johanneum in Hamburg, studirte dann Anfangs Theologie, später aber Jura in Bonn, Berlin und Kiel, wo er auch Ostern 1855 mit dem 2. Charakter mit sehr rühmlicher Auszeichnung examinirt wurde. Darauf war er zwei Jahre Amtssekretär auf der Amtsvogtei in Heide, dann im dänischen Ministerium für Holstein und Lauenburg in Kopenhagen bis er 1862 zum Polizeimeister in Wandsbek ernannt wurde. Von hier wurde er jedoch im folgenden Jahre an die Regierung in Ploen und 1864 in Kiel berufen. Im Oktober letzteren Jahres übernahm er die Stellung eines Oberinspektors über die holstein-oldenburgischen Fideikommißgüter zu Lensahn und wurde als solcher später zum großherzoglich oldenburgischen Hofrath ernannt. Im Oktober 1883 folgte er einem Rufe als Landrath des Kreises Tondern, in welchem Amte er heute noch wirkt.

Schleswig-Holstein 19. (Lauenburg). Wentorp, Karl, Gutsbesitzer auf Gr.-Schenkenberg und Rothenhausen, kons. Geb. am 28. Oktober 1842 zu Rothenhausen. Besuchte das Gymnasium zu Lübeck und Ploen, studirte in Bonn und widmete sich dann der Bewirthschaftung seiner Güter. Als Mitglied des Kreistages, des Kreisausschusses, des Provinzialausschusses und der Landwirthschaftskammer bethätigte er sein Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten seines Kreises und der Landwirthschaft.

Soziales und Partei-Leben.

In **Malmö** (Schweden) ist in den mechanischen Schuhfabriken ein Streik ausgebrochen, da die Forderung der Gehilfen (neunstündiger Arbeitstag) nicht bewilligt wurde. Zuzug ist zu vermeiden. Die Firma sucht in Deutschland Streikbrecher.

Die Klage der ausständigen Setzer des „Berl. Lokal-Anzeigers" wurde am Montag vor dem Berliner Gewerbegericht verhandelt. Eine Einigung fand nicht statt. Der Termin wurde auf den 18. Februar vertagt.

Ein Arbeitslosen-Unterstützungsverein hat sich in Nürnberg gebildet. Derselbe hat den Zweck, seinen Mitgliedern im Falle der Arbeitslosigkeit auf die Dauer von fünf Wochen Unterstützung zu gewähren.

Ein Renegatenstreich. Die „Reußische Volkszeitung" in Greiz meldet: „Auf Antrag der fürstlichen Staatsanwaltschaft sind einige unserer Geschäftsbücher gerichtsseitig mit Beschlag belegt worden. Der Grund ist in einer Denunziation unseres früheren Expedienten Schenderlein zu suchen. Wir sehen ruhigen Gewissens den Ermittlungen entgegen." Schenderlein sagte sich während einer kleinen Gefängnißstrafe von der Partei los, reichte ein Gnadengesuch ein und wurde auch wirklich begnadigt. Jetzt scheint er's schon bis zum Helfershelfer der Polizei gebracht zu haben.

In Göppingen wurde unser Genosse Thiele — als einziger Katholik des Gemeinderathes — zum Mitglied der dortigen katholischen Ortsschulbehörde gewählt. Und die Schule wird darunter keinen Schaden leiden, so

Die Kinder der Excellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

26. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ach, ihr hättet nur sehen sollen", sagte Trudi, „wie Asta mich am Arme packte und von der Thür wegzog, als ich der Grigori nachlaufen wollte! Und sie verdiente so sehr ein entschuldigendes, freundliches Wort. Der erste Eindruck, den ich von einem Menschen hatte, täuschte mich bis jetzt noch nie. Die Grigori ist keine unwürdige Person, ganz gewiß nicht! Und sie kam Asta so liebevoll entgegen — wenn sie ein böses Wort gesagt hat, so ist sie durch zehn schlimmere dazu gereizt worden. Wißt ihr, ich hätte die größte Lust, noch heute das Fräulein aufzusuchen und sie für Astas Heftigkeit um Verzeihung zu bitten."

„Trudi, Liebchen! Wo denkst Du hin?" rief der Professor Hans.

„Warum nicht? Eine Dame, die Herrenbesuche empfängt, wird ja wohl auch Damenbesuche empfangen!" scherzte das Mädchen. „Und vielleicht treffe ich gar zufällig den Amerikaner dort, da könnte ich ihm gleich ein bischen zu verstehen geben, daß . . ."

„Aber Kind! Die stolze Asta würde Dir so etwas nun und nimmermehr verzeihen. Bedenke doch . . ."

„Ach was! Wenn es hilft, würde sie's schon verzeihen; denn jetzt liebt sie ihn über die Maßen. Wegen eines gleichgültigen Menschen geräth kein Mädchen in so blinden, eifersüchtigen Zorn. Ich würde mir auch gar kein Gewissen daraus machen, der Grigori ihren Liebhaber wieder abzujagen; wenn eine Operettensängerin einen sicheren und sehr anständigen Prinzen in petto hat, wird sie sich schon zu trösten wissen! Uebrigens hat sie kein Wort darüber verloren, ob Herr von Eckardt sie etwa auch so unsinnig liebt oder gar heirathen will, wie der brave Führingen."

„Aber gutes Trudchen", beharrte der Professor, „Du bist doch sonst nicht so naiv! Wenn der Prinz wirklich dergleichen Andeutungen gewagt hätte, er würde sich hüten und sie wahr machen! Aber es giebt eben genug junge Damen, die hinter jeder nichtssagenden kleinen Anspielung gleich einen Heirathsantrag wittern. Nein, mein Kind, schlage Dir diese unglückliche Idee aus dem Sinn. Es ist ganz unmöglich, daß Du dieser Dame in solcher Weise nachläufst!

„Aber Kinder, so gehen wir doch alle drei hin", rief der Musikdirektor und schlug sich laut aufs Knie. „O, ich sage Euch, ich verstehe mit den Thaterdamen umzugehen — ich habe doch nicht umsonst fünf Jahre hintereinander die Opernsaison in Pasewalk dirigirt! Die Sache will ich schon deixeln!"

Diedrichsen Sohn bemühte sich, Diedrichsen Vater gutmüthig auszulachen; sein Lachen verrieth jedoch deutlich genug, daß er sich recht herzlich ärgerte über den thörichten Vorschlag seines Papas, welcher an Naivetät den der klugen kleinen Baronesse entschieden weit übertraf.

Nun, dann lassen wir's also bleiben! entschied die verweinte, kleine Braut etwas schwollend: „Unser Herr Professor ist heute sehr unzugänglich und hartherzig. Hat sich gewiß am Vormittag mit Krustentiren beschäftigt. Ich will mich nur hinter den alten Muz stecken, der kann wenigstens dem Herrn v. Eckardt zu verstehen geben, daß noch nicht aller Tage Abend sei. Ich habe so eine Ahnung, als müßte etwas ganz Trauriges geschehen, wenn man den dummen Verliebten nicht rechtzeitig Muth macht. An mir soll es nicht liegen, wenn es so geht, wie in der Komödie, wo die Leute immer krampfhaft das rechte Wort zu sagen vermeiden, bloß damit das Stück noch einen Akt mehr kriegt. — Adieu, Professor Diedrichsen und Vater — ich muß muß mich sputen, damit ich den Major noch antreffe."

Sie huschte flink zur Thür hinaus, Hans Lohengrin eiligst hinter ihr drein. Und draußen in dem dunklen Vorflur schloß er sie noch einmal in die Arme und küßte sie wunderschön ab! Gar nicht wie ein so würdevolles, gelehrtes Ungethüm, sondern wie ein ganz gemeinverständlicher Mensch und Liebhaber. Und wunderbar: der Schwiegerpapa kam zum erstenmal, seit sie verlobt waren, nicht hinterdrein gelaufen, um den Abschiedskuß als enthusiastischer Zuschauer mitzugenießen, sondern blieb still im Zimmer sitzen, auf dem nämlichen Fleck, auf welchem er bislang gesessen hatte und blickte vor sich hin, offenbar ganz in seine weltbewegenden Gedanken verloren.

Als Trudi eben die letzte Treppe hinaufsteigen wollte, kam ihr der alte Muz entgegen, pustend und mit einem sehr rothen Kopfe. Und sie machte sofort kehrt, hing sich in seinen Arm und stieg langsam mit ihm hinunter, indem sie ihn dabei schmeichelnd über die Ursache seiner Erregung, über die geheimnißvolle Angelegenheit zwischen Bodo und der Mutter auszuforschen suchte. Aber der Major hielt heute dicht wie ein Patentverschluß und sagte nur: „Nichts für kleine neugierierige Marjells!"

Dann aber begann er umgekehrt sie auszufragen über alles, was die Grigori gesagt hatte, und Trudi verschwieg ihm nichts und fügte ihrem Bericht noch die herzliche Bitte hinzu, doch ja das Seinige dazu beizutragen, daß Rudolf sich Asta wieder nähere, denn sie glaube dafür einstehen zu können, daß er sich keinen zweiten Korb holen würde.

Der alte Muz blieb stehen — es war auf dem untersten Treppenabsatz — sah Trudi an, kratzte sich hinter dem linken Ohr, ließ einige unklare Grunzlaute hören, sah wieder das Baroneßchen von oben bis unten an und nahm es dann plötzlich fest beim Kopf, um ihm einen höchst biederen Majorskuß auf die erschrockenen Lippen zu drücken.

Trudi hatte in der Ueberraschung einen kleinen Schrei ausgestoßen.

„Sei still, Kind!" flüsterte der alte Muz. „Wenn du mir die Leute zusammenschreist, dann sag' ich's öffentlich, daß du der einzige vernünftige Kerl in der ganzen Familie Versen bist. Adieu — und grüß deinen Schatz von mir."

Damit stampfte er eiligst die letzten Stufen hinunter und zum Hause hinaus.

Trudi blickte ihm nach, seufzte, lächelte und klomm dann wieder leicht und federnd wie ein Alpenkind die drei Treppen zu ihrer Wohnung empor. Vor Diedrichsens Thür

wenig als die Heslacher Schule, deren Oberbehörde unser Genosse Kloß längere Zeit angehörte, dadurch Schaden gelitten hat. Jedenfalls werden unsere Schulen dadurch nicht schlechter wie die preußischen, für die man ja jetzt den Grundsatz aufgestellt hat, sozialdemokratische Gemeindevertreter von den Ortsschulbehörden auszuschließen, trotz der Verwendung sozialdemokratischer Gelder und der Erziehung sozialdemokratischer Kinder.

Vom Nürnberger Arbeiter-Sekretariat. Aus dem Jahresbericht des genannten Instituts, den der Arbeitersekretär Genosse Segitz kürzlich erstattete, geht hervor, daß nicht weniger als 13 938 Personen das Sekretariat in Anspruch genommen haben, d. i. 20 pCt. mehr als im Vorjahre. Schriftliche Einläufe gingen 1082 ein. Seine Hauptthätigkeit entfaltete das Sekretariat auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung, wobei die Beobachtung gemacht wurde, daß die Unfallversicherung den Arbeitern in immer verstärktem Maße Anlaß zu Beschwerden giebt wegen der rücksichtslosen Behandlung der Verletzten durch die Berufsgenossenschaften, willkürliche Kürzung der Renten u. s. w. Es besteht das Bestreben, die kleinen Renten überhaupt abzuschaffen, und dieses Bestreben wird von den Aerzten nach Kräften unterstützt. Die Art und Weise, wie die Aerzte mit den Verletzten umgehen, ist geradezu empörend. Es hat deßhalb eine Konferenz der Krankenkassenvorstände mit dem ärztlichen Verein stattgefunden, der versprach, die Beschwerde umgehend zu prüfen. Man hat von dieser Prüfung bisher rein nichts mehr gehört. In dieser Richtung bewegten sich die Klagen über Einweisung in die Heilanstalten, die sogenannten Rentenquetschen, die den Zweck haben, die Verletzten mürbe zu machen. In der Nürnberger Heilanstalt wird hauptsächlich über mangelhafte Verköstigung geklagt. Das prozessuale Verfahren ist nach wie vor über die Maßen bureaukratisch. Berufungen an die Schiedsgerichte brauchen vier bis fünf Monate, ja ein Jahr, oft verschwinden sie ganz und gar. Dabei werden die Berufungen von den Schiedsrichtern in Pausch und Bogen abgemacht, die Rechtsuchenden kaum angehört. — Bezüglich der Unfallverhütung machte das Sekretariat die Beobachtung, daß auf diesem Gebiete außerordentlich wenig geschieht, und es kam zur Ueberzeugung, daß eine Reform der Unfallgesetzgebung unbedingt nothwendig ist. Bezüglich der Invaliditäts- und Altersversicherung kommen nicht so häufige Klagen, da das Nürnberger amtliche Bureau in dieser Beziehung seine Schuldigkeit thut. Die Krankenversicherung betreffend wurde das Sekretariat viel mit Beschwerden von Arbeitern beschäftigt, die von den Unternehmern abgemeldet wurden, wenn sie wegen Krankheit von der Arbeit wegblieben, ohne sich sofort krank zu melden. Den Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter hält ein großer Theil der Unternehmer noch gleichgültig gegenüber. Die 59 an den Fabrikinspektor übermittelten Beschwerden bilden eines der traurigsten Kapitel dieses Berichtes. Ueber die Erledigung der Beschwerden, wie über die ganze Gewerbeaufsicht wurde beim Sekretariat lebhaft Klage geführt. Der Besuch der Betriebe durch den Fabrikinspektor erfolgt nur in Begleitung des Unternehmers, so daß Arbeiter keine Beschwerden anbringen können. Viele Klagen wurden auch erhoben über die mangelhafte Baukontrole, trotzdem hat der Magistrat wiederholte Gesuche der Bauhandwerker um Beiziehung der Arbeiter zur Kontrole abgelehnt. — Die Einnahmen des Sekretariats betrugen im vorigen Jahre 10 089 Mk., die Ausgaben 8057 Mk., so daß über 2000 Mk. Ueberschuß verbleiben.

Moderne Sklaverei. In der letzten Nummer veröffentlichte das polnische Parteiorgan „Gazeta Robotnicza" nachfolgenden Brief, welcher von mehreren ausgewanderten Arbeitern aus Honolulu an den österreichischen Reichsrathsabgeordneten Gen. Daszynski gerichtet ist und von Letzterem dem österreichischen Minister des Aeußeren, Grafen Goluchowski eingehändigt wurde:

Honolulu, den 26. Dezember 1898.

Geehrter Genosse! Wir 43 Arbeiter, meist aus Galizien, ersuchen Sie, uns aus unserer schrecklichen Noth zu befreien. Viel können wir nicht schreiben, da wir uns im Gefängniß befinden, nur so viel: die deutschen Agenten in Bremen haben uns für drei Jahre an den österreichischen Konsul in Honolulu verkauft: da wir aber nicht im Stande sind, so schwer und beinahe umsonst zu arbeiten, hatte man uns auf Befehl des Herrn Konsuls eingesperrt und uns erklärt, daß man uns hier so lange halten wird, bis wir auf die Plantagen zurückgekehrt sind, wo man uns für unsere schwere Arbeit nicht einmal so viel zahlt, daß wir uns satt essen könnten, aber als Zugabe mit den Pferden zusammenspannt und uns mit der Peitsche schlägt, die Hunde auf uns hetzt, damit sie uns beißen sollen, und man schlägt uns fast tagtäglich. Wenn Sie uns nicht hiervon erretten, wollen wir lieber hier im Gefängniß bleiben, als auf die Plantage zurückkehren. Im Namen aller unglücklichen polnischen Arbeiter und Arrestanten sende Euch die herzlichsten Grüße. Leon Maal."

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Mixdorf ist Stadt! Im Mixdorfer Gemeindebureau ist die königliche Kabinetsordre eingetroffen, durch welche die Genehmigung zur Umwandlung Mixdorfs in eine Stadtgemeinde ertheilt ist. In ganz Thüringen haben Schneefälle große Verkehrsstörungen hervorgerufen. Mehrere Züge sind im Schnee stecken geblieben. Auf den Höhen ist der Verkehr ganz unterbrochen, zahlreiche Ortschaften sind durch den Sturm von Schneewehen bedroht. Verhaftet wurden in Gutten bei Lyck in Ostpreußen der Grundbesitzer Kopan und seine Frau. Die Verhafteten sollen vor drei Jahren den ersten Mann der Frau Kopan, den Grundbesitzer Weiß, der eines Morgens hinter seinem Grundstück mit gespaltenem Schädel als Leiche aufgefunden wurde, ermordet haben. Kopan diente damals als Knecht bei Weiß. Er soll mit der Frau, die er bald nach dem Tode des Weiß heirathete, ein Liebesverhältniß unterhalten haben. — In Bamberg gerieth ein Arbeiter in eine Schlägerei mit fünf Ulanen, die ihn mit ihren Säbeln derart zurichteten, daß er mit einem Schädelbruch in's Spital verbracht werden mußte. Ein zufällig daherkommender Oberst verhaftete einen der Soldaten. — Strenge Kälte ist in ganz Norwegen eingetreten. Von den am hochgelegenen Theil der nach Drontheim führenden Eisenbahn liegenden Stationen werden besonders niedrige Temperaturen gemeldet, so von Tusset 42 Grad Celsius, von Aarok 36 Grad, von Lillesvebal 37 Grad, Hanestad 38 Grad, Hamar 26 Grad. Im Gudbrandsdal sind 25 Grad. Auf dem bekannten nahen Frogneersäter und dem Holmenkollen, auf dem demnächst das nationale Schneewettlaufen stattfinden wird, zeigte das Thermometer Donnerstag Morgen 17 bis 18 Gr. In Christiania waren gegen Mittag 15 Gr. Aus zahlreichen Theilen Belgiens werden neue Fälle von Tollwuth gemeldet. In Montbliart (Hennegau) sollen acht Hunde niedergemacht und sämmtlich wuthkrank befunden worden sein. In Boom und Mouz wurden verschiedene Personen von verdächtigen Hunden gebissen. Die Gebissenen werden auf Anlaß der Behörden zum Pasteurschen Institut nach Lille befördert. — Die Schüler zweier höherer Klassen des Königlichen Gymnasiums in Lüttich streiken, weil zwei ihrer Genossen vom Direktor entlassen worden sind. Die Ausständischen erklärten der Redaktion des radikalen Expreß, nur mit den beiden Entlassenen den Schulbesuch wieder aufnehmen zu wollen. — Durch einen Sprengkörper, welcher von böswilliger Hand in dem Keller eines Hauses zu Saint Chamond (Dep. Loire) niedergelegt worden war, wurde in der Nacht zum Sonntag eine Explosion hervorgerufen, welche bedeutende Sachbeschädigungen verursachte. Menschen sind bei der Explosion nicht zu Schaden gekommen. Drei Personen wurden verhaftet. — Ein zweiter Felssturz wird aus Tirol gemeldet, und zwar aus dem südöstlichen Tolmezzo an der Venetianer Grenze. Bei Colfosco im Abteithal, nördlich vom Grödner Joch, erfolgte ein so kolossaler Felssturz, wie er selbst in jenem berüchtigten Dolomitgebiete selten vorkommt. Die Steinlawine stürzte aber nur über wüstes Terrain ab, daher war der Schaden nicht groß. Der Verkehr auf der Brennerbahn, der am Sonnabend durch einen Felssturz unterbrochen wurde, konnte am Sonntag wieder aufgenommen werden. Ebenso konnte auf der Strecke bei Verona, wo gleichfalls eine Störung vorlag, der Betrieb auf einem Geleise wieder aufgenommen werden.

Heiteres. Ein Fehler. Unteroffizier: „Manchmal hat das Vieh nur den einen Fehler, daß es kein Einjähriger für einen hält."

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 29. Januar bis 4. Februar 1899.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

Januar 21. Arbeitsmann Hans Joachim Heinrich Wittfoht. 22. Arbeitsmann Carl Heinrich Ludwig August Olhöft. 23. Arbeitsmann Christian Andreas Hamann. 25. Maurergeselle Joachim Heinrich Christian Wilms. 26. Barbier Hans Asmus Franz Otto Soltmann. Tischlermeister Johannes Carl Julius Dunker. Eisenbahnbremser Johann Heinrich Christian Moll. Wirth Conrad Eduard Westendorpf. 27. Schlachter Heinrich Theodor Joseph Thies. 28. Bäckermeister Georg Rudolph Andreas Seefeld. Fuhrmann Heinrich Johannes Hehl. Friseur Friedrich Hermann Hentrich. 29. Schuhmachermeister Johann Carl Christian Peters. Turnlehrer Paul Adolf Christian Lienck. 30. Arbeitsmann Friedrich Sykla. Steuermann Heinrich Johannes Franz Meves. Zimmergeselle Fritz Heinrich Schlichting. Steuermann Heinrich Eduard Carl Derlien. 31. Arbeitsmann Johannes Georg Christian Göetz. Arbeitsmann Adolph Friedrich Nicolaus Dahm. Vice-Feldwebel Friedrich Johann Heinrich Theodor Otto. Wiederdruckapparatreiniger Paul Wilhelm Winter. Februar 1. Schmied Gottlieb Kieser. 4. Arbeitsmann Johann Heinrich Wilhelm Groth.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

Januar 22. Schlossergeselle Heinrich Joachim Franz Göller. 24. Schuhmann Ernst Conrad Miller. 26. Buchhalter Johann Heinrich Carl Blöse. 27. Schneider Heinrich Karl Friedrich Theodor Behnke. Monteurgeselle Jens Christian Bargsten. 28. Schmiedegeselle Bernhard Peter Carl Lankow. Schmiedemeister Hermann Wilhelm Carl Stage. 29. Tischlergeselle Joachim Heinrich Julius Ahrens. Nervenarzt Dr. med. Paul Friedrich Max Jacobsohn. 30. Hobelmeister Johann Joachim Heinrich Schurer (Wilhelmshöhe). 31. Schuhmacher Johannes Karl Friedrich Seeler. Februar 1. Arbeitsmann Franz Heinrich Matthias Joachim Wilhelm Beuse. 2. Arbeitsmann Carl Wilhelm Moritz Krieg.

Sterbefälle.

Januar 27. Catharina Margaretha Elisabeth geb. Schoepf, Wittwe des Rottbauers Joachim Heinrich Friedrich Siemers, 48 J. 28. Ein Mädchen, 2 T., V.: Buchhalter Johann Heinrich Carl Blöse. Johanna Christina Röthe Nissen, 70 J. Carl Heinrich Müller, 20 J. Henriette Charlotte geb. Nolting, Ehefrau des Landrichters a. D. Dr. jur. Joachim Ludolph Albrecht Prieß, 74 J. 29. Schuhmachermeister Friedrich Wilhelm Mamm, 72 J. Friedrich Conrad Heinrich Hans Schmolt, 7 J. Marie August Dorothea geb. Lentz, Ehefrau des Kaufmannes Carl Johann Julius Böhme, 66 J. Emma Anna Marie Mull, 8 M. 30. Johanetta Dorothea geb. Berger, Ehefrau des Privatmannes Philipp Cornelius Johannes Kuiest, 64 J. Lehrer Menno Christian Albert Behrens, 58 J. Pfeifenmachergehülfe Johann Paul Detlef Frank, 29 J. Ober-Post-Assistent Richard Carl Wilhelm Hänsler, 41 J. (Kremperkoog). Carl Fr. F. Schmidt, 1 M. (Wilhelmshöhe). 31. Ein todtgeb. Knabe, V.: Leichtergeselle Carl Friedrich Johann Tretow. Ein todtgeb. Knabe, V.: Feuerwehrmann Heinrich Carl Johann Lege. Gustav Heinrich Adolf Aribert Wegener, 1 J. 5 M. Johanna Magdalena Julliane Brauer genannt Schultz, 73 J. Wilhelm Theodor Heinrich Mage, 21 T. (Strecknitz). 1. Februar. Maria Catharina Elisabeth geb. Brager, Ehefrau des Krankenwärters Johannes Joachim Franz Knoop, 66 J. Catharine Marie Henriette Jul, 47 J. Arbeitsmann Georg Wilhelm Wedemeyer, 66 J. Comptoirbote Carl Friedrich Gustav Barnecke, 68 J. Arbeitsmann Claus Heinrich Jörgens, 76 J. (Wilhelmshöhe). 2. Portefeuillearbeiter Johannes Hermann Mentz, 47 J. Wilhelm Joachim Friedrich Rieckermann, 18 T. Catharina Elisabeth geb. Burmester, Wittwe des Tischlers Johann Heinrich Franz Wollner, 50 J. Johanna Luise Sabine geb. Lauckan, Ehefrau des Schiffszimmermannes Friedrich Heinrich Lorenz Kay, 55 J. Obergerichtsbote a. D. Claus Heinrich Ludwig Schulz, 78 J. 3. Willy Ernst Theodor Bostehl, 2 M. Ein todtgeb. Knabe, V.: Arbeitsmann Johann Friedrich Wilhelm Schräger. 4. Anna Maria Elisabeth Jungk, 52 Jahre.

Angeordnete Aufgebote.

30. Januar. Amtsrichter Max Johannes Franz Diemann zu Kiel und Elisabeth Theodore Marie Franziska Johanne Emilie Goazow. 31. Arbeiter Ferdinand Martin Gustav Grange und Auguste Christiane Johanne Schellhammer, beide zu Hamburg. Arbeiter Johannes Christian Heinrich Schultz und Martha Catharina Wilhelmine Steffen. 1. Februar. Arbeiter Friedrich Wilhelm Schlaeger und Sophie Dorothea Wilhelmine Behner. 2. Schneider Paul Max August Fehlberg zu Bochum und Minna Catharina Margaretha Meier zu Travemünde. Arbeiter Heinrich Gustav Wilhelm Müller genannt Latenborf und Marie Sophie Elise Vollert. Arbeiter Carl Johann Joachim Christian Wilhelm Meier und Wilhelmine Johanna Dorothea geb. Leuder, des Böttchergesellen Johann Heinrich Wilhelm Krack geschiedene Ehefrau. Kaufmann Carl Ferdinand Johann Friedrich Ludwig Otto Stephan und Elisabeth Frieda Anna Bössel. Schlossergeselle Ernst Gottlieb Christian Hampe und Magdalena Elise Henriette Prüssmann. Geschäftsreisender Albert Heinrich Alwin Quedenfeld zu Braunschweig und Wilhelmine Auguste Magdalena Burmester. Kanalarbeiter Gustaf Andersson und Wilhelmine Caroline Paap. Tischlergeselle Hermann Hans Ludwig Julius Wulff und Margarethe Auguste Helene Behrens zu Geldenbek. 4. Tischler Johann Carl Theodor Matthesius und Dorothea Sophia Wilhelmine Schultz, Ahrensbök. Bahnarbeiter August Ludwig Heinrich Quakmann und Anna Magdalena Friederike Holtz.

Eheschließungen.

31. Januar. Kutscher Johann Heinrich Bohnsack und Bertha Christine Wilhelmine Beese. 2. Februar. Eisenbahn-Station-Assistent Theodor Hermann Ludwig Schneider zu Ratzeburg und Rosa Wilhelmine Johanna Maria Buch. Höker Johann Christian Blöß und Maria geb. Beck, des Gärtners Johann Ludwig Martin Laatz geschiedene Ehefrau. 3. Handlungsgehülfe Robert Ernst Möller und Ernestine Louise Marie Bath. 4. Klempnergehülfe Carl Johannes Heinrich Popp und Ulrike Sophia Maria Bentin. Eisendreher August Adolph Heinrich Knysen und Caroline Catharina Maria Elisabe Wilms.

---

machte sie nicht Halt, denn sie fühlte sich vorderhand genug geküßt.

Elftes Kapitel.

In welchem gut gegessen und viel von Pflaumen geredet wird, während der Musikdirektor am Hungertuche nagt. Trotz alledem rettet er sowohl das Roastbeef als auch die Gemüthlichkeit. Ein sehr langes und sehr wichtiges Kapitel.

Am Abend desselben Tages finden wir Fräulein Grigori eifrigst mit den Vorbereitungen zu ihrer Abreise beschäftigt. Die Spielzeit des Walhallatheaters hatte ihr Ende erreicht, und die lorbeersatte Primadonna hielt nun nichts mehr in Berlin fest. Ihr Oberhofmeister, Herr von Eckardt, hatte sich bereit erklärt, auch noch das Amt eines Reisemarschalls übernehmen und sie nach Helgoland begleiten zu wollen.

Fräulein Bianka, oder sagen wir — da sie vorläufig nichts mehr mit dem Theaterzettel zu schaffen hat — lieber Adriane, reichte der vor einem großen offenen Reisekorbe knieenden Zofe verschiedene Kleidungsstücke zu, welche sie aus ihren überall in wüstem Durcheinander aufgehäuften Besitzthümern zusammensuchte, nicht ohne ihrer inneren Unruhe und Ungeduld öfters durch heftiges Zerreißen verknoteter Bänder, an Oesen und Haken festhängender Spitzenbesätze und andere Unarten Ausdruck zu geben. Die Zofe lachte hinter dem Rücken ihrer Herrin, wenn sie sie planlos und überhastig in den Kleiderhaufen, den Wäschebergen, den ausgezogenen Schubfächern und offnen Schränken herumwühlen sah, und einmal konnte sich sogar nicht enthalten, laut herauszuplatzen und zu sagen: „O Jesses, gnädig Fräulein, bei uns sieht's heute aus! Da wird Herr von Eckardt erst seine Freude dran haben."

„Schweigen Sie still! Was erlauben Sie sich?" herrschte Adriane das Mädchen an. Sie war heute sehr ungnädig — es war das erste Mal, daß sie dem sehr dienstwilligen und brauchbaren Mädchen ein böses Wort sagte. Der Auftritt bei Lerseus hatte sie im Innersten erregt, ihr leicht erhitztes Blut kochte noch in ihren Adern und mit peinigender Ungeduld erwartete sie Rudolfs Besuch, um ihm ihr übervolles Herz auszuschütten und ihn zum Haß gegen diese Familie zu entflammen, die sein und seiner Eltern Verhängniß gewesen war.

Warum er nur gerade heute so lange auf sich warten ließ? Adriane sah alle fünf Minuten mindestens nach der Uhr — es war bald acht! Rudolf war seit jenem Tage, an welchem sie ihm ihre Lebensgeschichte erzählt hatte, auffallenderweise immer seltener gekommen. War es denkbar daß er sie weniger liebte, seit er ihre Vergangenheit kannte? Nein, das war seinem Charakter nach undenkbar. Heute mußte er ja aber kommen; er hatte versprochen, packen zu helfen — morgen wollten sie zusammen abreisen.

Da ertönte die Flurglocke. Endlich! Die Zofe wollte aufspringen, aber Adriane gebot ihr, ruhig weiter zu packen und flog selbst nach der Thür, um dem lang Erwarteten zu öffnen. Sie fuhr enttäuscht zurück und hätte fast dem ihr gänzlich fremden alten Herrn die Thür vor der Nase wieder zugeschlagen, welcher, den Hut in der Hand und sich einmal über das andere höflich verneigend, da draußen stand, sich mit vergnügtem Lächeln als den Musikdirektor Diedrichsen vorstellte und um fünf Minuten Gehör bat.

„Ja, mein Herr, ich muß sehr bedauern, Sie nicht hereinbitten zu können. Ich bin beim Packen, da ich morgen verreise. Können Sie mir nicht hier sagen —? Ich kann wirklich keinen Herrenbesuch mehr annehmen."

„O, das macht gar nichts aus," beeilte sich der sehr erhitzte Musikdirektor lächelnd zu erwidern. „Ich bin auch zu sagen Damenbesuch — haha! — ja, ich komme nämlich in Sachen einer Dame." Er fuhr sich sehr rasch und oberflächlich mit dem Taschentuch über die Stirn und lachte dann nochmals das Fräulein freundlich-verlegen an.

„Nun, wenn es Sie nicht geniert — bitte, treten Sie näher! Adriane seufzte und wies ihn in das Wohnzimmer. Vergebens sah sie sich nach einem leeren Stuhle um, den sie ihm anbieten könnte.

Er aber bemerkte rasch ihre Verlegenheit und rief, wie der etwas reichlich auflachend: „O bitte, bemühen Sie sich nicht, darüber setzen wir uns schon noch hinweg." Und seine kurzen Beinchen keck lüpfend, turnte er über einen den Weg versperrenden Reisekorb weg und setzte sich auf denselben.

Sie mußte lachen über seine drollige Manier sich einzuführen; und dann fiel ihr ein, wo und in welcher Verbindung sie den Namen Diedrichsen schon gehört habe. „Sie sind, wenn ich nicht irre . . ." begann sie zögernd.

„Ganz recht, ja; der Vater vom Professorchen und der Schwiegervater vom Baroneßchen. Und das Baroneßchen das hätte Ihnen etwas zu sagen, nämlich . . . wenn . . ."

„Sie können inzwischen Ihren Koffer fertig packen," wandte sich Adriane an die Zofe, den Wunsch des Musikdirektors errathend.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.